

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



REGIONALE ENTWICKLUNG

AKTUELLES

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

6 | August 2011

| | |
|--|----|
| Regionale Entwicklung | |
| Regionale Disparitäten in Österreich | 4 |
| Schlechte Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel | 7 |
| Ehrenamt fördert regionale Bindung | 9 |
| Dorfläden sollen Nahversorgung sicherstellen | 13 |
| Investitionen in soziale Dienstleistungen beleben die Regionalwirtschaft | 18 |
| Die Zukunft traditioneller Landgasthäuser | 20 |
| Strukturfondsmittel tragen zum regionalen Ausgleich bei | 24 |
| Aktuelles | |
| Globalisierungsfonds ermöglicht Qualifizierung Gekündigter | 26 |
| Ein Bankkonto für jeden | 27 |
| Erfolgsstory Zivildienst | 28 |
| Buchtipps | 29 |
| Veranstaltungen | 31 |

Die Leere im Dorf

Im Urlaub passiert einem das mitunter: Man kommt in eine kleine Ortschaft, sucht ein Postamt, Gasthaus oder Geschäft, findet aber keines. Fragt man Einheimische danach, bekommt man häufig zur Antwort: Ja, das hat's gegeben bei uns, früher, jetzt leider nicht mehr, man müsse halt – so wie sie selbst – in den nächstgelegenen größeren Ort fahren. In besagtem Dorf trifft man zudem zumeist ältere Menschen an, denn viele der Jüngeren sind weggezogen oder pendeln aus, oft über lange Distanzen.

Subjektive Eindrücke wie diese spiegeln einen allgemeinen Trend wider: Während sich Bevölkerung und Wirtschaftskraft zunehmend in den Zentralräumen – in Österreich: Wien und Landeshauptstadtregionen – konzentrieren, findet sukzessive eine Ausdünnung peripherer Gebiete statt. Ein geringes Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzmangel, eine beschleunigte Alterung der Bevölkerung, leere Gemeindekassen mit der Folge des Abbaus von öffentlicher Infrastruktur sind, so die deutsche Soziologin Claudia Neu, wiederkehrende Charakteristika dieses Prozesses – mit sozialen Folgewirkungen: Ein eingeschränktes Angebot im öffentlichen Nahverkehr, geschlossene Schulen

Österreichischer Pflege- und Betreuungspreis 2011

Die Volkshilfe vergibt heuer bereits zum vierten Mal einen bundesweiten Pflege- und Betreuungspreis. Ziel ist es, engagierte Personen, die Pflege- und Betreuungstätigkeiten übernehmen, vor den Vorhang zu bitten. Zukunftsweisende Projekte und Initiativen sollen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und damit auch in andere Bereiche übertragen werden. Der besondere Einsatz von ehrenamtlichen HelferInnen im Bereich der Pflege und Betreuung wird mit einem Sonderpreis gewürdigt.

Die Einreichfrist läuft bis 30. September 2011. Die GewinnerInnen werden mittels ExpertInnenjury ermittelt. Die Preisverleihung findet am 4. November 2011 im Rahmen des „pflegekongress11“ im Austria Center Wien statt.

Kontakt: teresa.kurzbauer@volkshilfe.at
Information: www.volkshilfe.at

und/oder ein reduziertes Freizeitangebot bedeuten für die BewohnerInnen, dass sich ihre Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben deutlich verringern. Persönliche Handlungsspielräume verengen sich für viele auf ein "Einrichten im Mangel", so Neu weiter (in: defo 3/2007).

Dabei sollte man es allerdings nicht belassen. Denn für wenig mobile, zumeist ältere Personen bedeutet das z.B., dass sie auf andere (Kindern, Nachbarn,...) angewiesen sind, um Einkäufe erledigen oder Arztbesuche wahrnehmen zu können. Insofern sollte man Ansätzen, die dieser Tendenz entgegenwirken, etwa so genannten Dorfläden, durchaus Beachtung zollen. Diese Dorfläden sind als Reaktion auf das Greißlersterben zu sehen, das hierzulande in den Siebziger Jahren einsetzte und immer noch anhält. In Tirol haben beispielsweise mehr als ein Fünftel aller Ortschaften kein eigenes Lebensmittelgeschäft mehr. In dieser Situation griff man mancherorts zur Selbsthilfe unter Rückbesinnung auf genossenschaftliche Traditionen. Die Dorfläden werden insofern durchwegs von Vereinen oder Bürger-Genossenschaften – inklusive ehrenamtlichem Engagement – getragen. Preislich kann man mit den Supermärkten natürlich nicht mithalten, das versucht man durch mehr Kundennähe wettzumachen. Auf diese Weise will man einer negativen Dynamik vorbeugen: Denn wenn ein Teil der Nahversorgung wegfällt, sei gleich "die ganze Struktur" (Post, Bank, Wirt) bedroht, bringt es ein Bürgermeister auf den Punkt (vgl. Beitrag, S. 13).

Aber nicht nur Selbsthilfe ist angesagt, auch öffentliche Hilfestellung ist notwendig. Zu denken ist an Investitionen in den Personennahverkehr ebenso wie in die soziale Infrastruktur (z.B. Pflegebereich, Kinderbetreuungseinrichtungen). Da kleinen Gemeinden oft die Finanzkraft fehlt, um die benötigten Angebote bereitstellen zu können, plädieren ÖGB und Arbeiterkammer für mehr Arbeitsteilung und Kooperation im kommunalen Raum (vgl. Beitrag S. 19). Wie Beispiele aus anderen Ländern zeigen, erhöht eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur längerfristig die Erwerbs- und Einkommenschancen insbesondere von Frauen, was wiederum die regionale Binnennachfrage steigen lässt. Die skizzierte negative Dynamik könnte somit auch auf diese Weise durchbrochen werden, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Regionale Disparitäten in Österreich

Beim Vergleich der Wirtschaftsleistung der österreichischen Regionen liegen Wien und die Landeshauptstadt-Regionen erwartungsgemäß vorne, während periphere Regionen im Norden und Südosten des Bundesgebietes die niedrigsten Werte aufweisen. Auch künftige Zuwächse der Erwerbspersonen und Haushalte bleiben einer Prognose der Statistik Austria zufolge auf die Stadtregionen konzentriert.

Das österreichische Staatsgebiet wird im Rahmen der territorialen Gliederung der EU für statistische Zwecke in 35 NUTS 3-Regionen aufgeteilt – großteils Gruppen von politischen Bezirken und teilweise Gerichtsbezirken. Landeshauptstädte werden meist mit ihren Umlandbezirken zusammengefasst.

Vergleicht man die Wirtschaftskraft dieser Regionen, so liegt Wien, gemessen am BIP pro Kopf (regionales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, nominell), mit einem Wert von 43.300 Euro im Jahr 2007 nach wie vor an der Spitze.¹ Danach folgen die Regionen Linz-Wels (41.900 Euro), Salzburg und Umgebung (40.900 Euro), das Wiener Umland-Südteil (38.700 Euro) und an fünfter Stelle die Region Graz mit 37.900 Euro. Wie aus den Berechnungen der Statistik Austria zu den NUTS 3-Regionen Österreichs weiters hervorgeht, gehören die Gebiete in den nördlichen und südöstlichen Randlagen Österreichs zu den Regionen mit den niedrigsten BIP-pro-Kopf-Werten. Die niedrigsten Werte weisen die nördlichen Regionen Weinviertel mit 16.500 Euro und Mühlviertel mit 18.100 Euro auf. Die südöstlichen Regionen, die an Ungarn bzw. Slowenien grenzen, weisen BIP-pro-Kopf-Werte zwischen 19.100 Euro (Südburgenland) und 21.300 Euro (West- und Südsteiermark, Oststeiermark) auf. Der Österreichwert lag im Jahr 2007 bei einem BIP von 32.600 Euro je Einwohner (siehe Tabelle 1).

Generell ist, abgesehen von den Landeshauptstadt-Regionen und Wien, ein West-Ost-Gefälle zu erkennen. Nur zehn der 35 NUTS 3-Regionen lagen über dem Österreichwert, die übrigen 25 Regionen darunter. Unter den zehn Regionen mit dem höchsten Bruttoregionalprodukt sind noch das Außerfern, die Region Innsbruck, das Tiroler Unterland und die beiden Vorarlberger Regionen Bludenz-Bregenzer Wald und Rheintal-Bodenseegebiet zu finden.

Entwicklung der regionalen Wirtschaftsleistung im Zeitverlauf

Betrachtet man die Entwicklung des Bruttoregionalprodukts (BRP) je Einwohner im Beobachtungszeitraum 1995 bis 2007, fällt auf, dass der Abstand von Wien zur zweitstärksten Region (Linz-Wels) deutlich kleiner geworden ist. Dies liegt nicht nur an einer knapp überdurchschnittlichen Entwicklung des regionalen BIP in Linz-Wels und einer etwas unter dem Österreichdurchschnitt verlaufenden Entwicklung des regionalen BIP in Wien, sondern insbesondere auch an der Entwicklung der Wohnbevölkerung, die sich in Wien überdurchschnittlich entwickelte, in Linz-Wels dagegen unterdurchschnittlich. Die schwächste Region, das Weinviertel, konnte dagegen trotz eines Rückgangs der Wohnbevölkerung aufgrund seiner schwachen wirtschaftlichen Entwicklung nicht aufholen.

Die mit Abstand größte Wirtschaftsleistung der NUTS 3-Regionen – gemessen in absoluten Zahlen – hat Wien mit einem regionalen BIP von 72,3 Mrd. Euro im Jahr 2007, das entspricht einem Anteil von 26,7 Prozent am Österreichwert von rund 270,8 Mrd. Euro. Das zweitgrößte Bruttoregionalprodukt erwirtschaftet die Region Linz-Wels mit 22,8 Mrd. Euro und kommt damit auf einen Anteil von 8,4 Prozent des gesamtösterreichischen BIP, Graz erreicht mit einem regionalen BIP von 14,7 Mrd. Euro 5,4 Prozent. Dahinter folgen Salzburg und Umgebung (14 Mrd. Euro, Anteil 5,2%) und das Wiener Umland-Südteil (12 Mrd. Euro, 4,4% Anteil). Die bevölkerungsärmsten Regionen Lungau, Mittelburgenland und Außerfern erreichen jeweils weniger als 0,5 Prozent des österreichischen BIP (siehe Tabelle 2).²

Einkommen im Ländervergleich

Auf der Verteilungsseite lässt sich auf Länderebene feststellen, dass das durchschnittliche verfügbare Einkommen seit 1995 in fast allen Bundesländern über dem Österreichschnitt von 3,3 Prozent wuchs. Die höchsten durchschnittlichen Zuwachsraten (von +3,6 bis +3,8%) verzeichneten die privaten Haushalte in Tirol, Vorarlberg und im Burgenland. Die privaten Haushalte in Wien wiesen in dieser Periode die schwächste Entwicklung auf. Die durchschnittliche jährliche nominelle Zuwachsrate betrug 2,6 Prozent.

Im Gegensatz zum BRP je Einwohner lagen die Pro-Kopf-Werte des verfügbaren Einkommens in den Regionen sehr nahe beim Österreichschnitt von 19.500 Euro. Die höchsten verfügbaren Einkommen je Einwohner hatten die niederösterreichischen und Wiener

Tabelle 1: Regionen mit den höchsten/niedrigsten BIP-Werten je Einwohner 2007

| NUTS 3-Region ¹⁾ | Regionales BIP je Einwohner ²⁾ in € |
|-----------------------------|--|
| Wien | 43.300 |
| Linz-Wels | 41.900 |
| Salzburg und Umgebung | 40.900 |
| Wiener Umland-Südteil | 38.700 |
| Graz | 37.900 |
| Außerfern | 37.900 |
| Innsbruck | 36.100 |
| ... | ... |
| Oststeiermark | 21.300 |
| West- und Südsteiermark | 21.300 |
| Mittelburgenland | 19.400 |
| Südburgenland | 19.100 |
| Mühlviertel | 18.100 |
| Weinviertel | 16.500 |
| Österreich | 32.600 |

Q: Statistik Austria. Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, erstellt nach den Konzepten des ESVG 1995, zu laufenden Preisen. 1) Gemäß NUTS-Klassifikation (hierarchisch aufgebaute, einheitliche territoriale Gliederung zur Erstellung regionaler Statistiken der EU) entsprechen den 35 NUTS 3-Regionen in Österreich Bezirke bzw. Gruppen von Bezirken und Gerichtsbezirken. - 2) Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt.

Haushalte mit je 20.000 Euro zur Verfügung. Danach folgten die Bundesländer Salzburg und Vorarlberg mit Pro-Kopf-Werten von jeweils 19.800 Euro. Schlusslicht war Kärnten mit einem verfügbaren Einkommen je Einwohner von 18.600 Euro.

Regionalprognosen 2010 bis 2030

Auf Basis der kleinräumigen Bevölkerungsprognose für die NUTS 3-Regionen und Politischen Bezirke Österreichs konnte von der Statistik Austria nunmehr die Prognose der Erwerbspersonen und zur künftigen Entwicklung der Haushalte bis zum Jahr 2030 erstellt werden.³

Für die Erwerbsprognose wurden drei unterschiedliche Szenarien über die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung berechnet, wobei das im Folgenden dargestellte Hauptszenario laut Statistik Austria die plausibelste Entwicklung der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten abbildet.

Die kleinräumige Entwicklung der künftigen Erwerbspersonenzahl wird im Wesentlichen dem regionalen Muster der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter folgen. In Regionen, in denen die Zahl der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren stabil bleibt oder noch ansteigt, wird auch die Zahl der Erwerbspersonen weiter zunehmen. Hingegen

wirken sich regionale Bevölkerungsverluste auch auf das regionale Angebot an Arbeitskräften aus.

Die größten Zuwächse an Erwerbspersonen wird es demnach nahezu ausschließlich in und um die großen Städte Österreichs geben, wobei die Ostregion das mit Abstand stärkste Wachstum verzeichnen wird. Bis 2050 werden im Wiener Stadtumland um 25 Prozent mehr Erwerbspersonen leben als noch im Jahr 2009. Ebenfalls sehr starke Zuwächse werden in und um Graz, in der Bundeshauptstadt Wien selbst, aber auch im Nordburgenland sowie in und um die Städte Sankt Pölten, Linz-Wels und Innsbruck sowie im Rheintal-Bodenseegebiet zu erwarten sein.

Flächendeckend und vergleichsweise starke Einbußen an Erwerbspersonen wird es vor allem in den inneralpinen und südlichen Regionen Österreichs geben, wo mit Ausnahme von Graz und Umgebung die gesamte Steiermark, das Mittel- und Südburgenland, das gesamte Bundesland Kärnten, die Salzburger Regionen Lungau, Pinzgau und Pongau sowie Osttirol betroffen sein werden. Aber auch andere periphere bzw. strukturschwache Regionen, wie beispielsweise das Mühl- und Waldviertel, der oberösterreichische Voralpenraum, das Tiroler Oberland und der Bregenzer Wald, werden der Prognose zufolge eine mehr oder weniger starke Abnahme der Erwerbspersonenzahl verzeichnen.

Tabelle 2: Regionen mit den höchsten/niedrigsten BIP-Werten 2007

| NUTS 3-Region ¹⁾ | Regionales BIP | |
|-----------------------------|-------------------|---------------------------------|
| | absolut, in Mrd.€ | Prozentanteil am Österreichwert |
| Wien | 72,3 | 26,7 |
| Linz-Wels | 22,8 | 8,4 |
| Graz | 14,7 | 5,4 |
| Salzburg und Umgebung | 14,0 | 5,2 |
| Wiener Umland-Südteil | 9,8 | 4,1 |
| ... | ... | ... |
| Südburgenland | 1,6 | 0,7 |
| Osttirol | 1,0 | 0,4 |
| Außerfern | 1,0 | 0,4 |
| Mittelburgenland | 0,7 | 0,3 |
| Lungau | 0,4 | 0,2 |
| Österreich | 235,8 | 100,0 |

Q: Statistik Austria. Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, erstellt nach den Konzepten des ESVG 1995, zu laufenden Preisen. 1) Gemäß NUTS-Klassifikation (hierarchisch aufgebaute, einheitliche territoriale Gliederung zur Erstellung regionaler Statistiken der EU) entsprechen den 35 NUTS 3-Regionen in Österreich Bezirke bzw. Gruppen von Bezirken und Gerichtsbezirken.

Ergebnisse der Modellrechnungen zur Haushaltsentwicklung

Auf Basis der Bevölkerungsprognose wurde auch eine kleinräumige Haushaltsprognose in zwei Varianten erstellt. Die Trendvariante basiert auf Extrapolationen der alters- und geschlechtsspezifischen Haushaltsrepräsentantenquoten bis zum Jahr 2021. Die konstante Variante hält die für das Jahr 2009 geschätzten Quoten über den gesamten Projektionszeitraum konstant.

Gemäß Trendvariante wird die Zahl der Privathaushalte in Österreich künftig weiter steigen, wobei dies in erster Linie eine Folge der wachsenden Bevölkerungszahlen ist.

Bezogen auf die NUTS 3-Regionen sind die stärksten Zuwächse der Zahl der Haushalte in den zentralen Räumen der Bundesländer zu erwarten. Im Jahr 2030 wird die Zahl der Haushalte voraussichtlich im Wiener Umland-Nord (+25%) sowie im Wiener Umland-Süd (+22%) um mehr als ein Fünftel höher sein als 2009. Die stärksten Zunahmen werden für den Prognosebezirk Schwechat mit rund 28 Prozent sowie Wien Umgebung mit rund 27 Prozent vorhergesagt. Weiters sind in den NUTS 3-Regionen Nordburgenland (+19%), Rheintal-Bodensee (+18%) und in der Region Graz (+17%) künftig substantielle Haushaltszuwächse zu erwarten.

Die größten Rückgänge werden für die Obersteiermark prognostiziert. Hier sollte die Zahl der Privathaushalte im Jahr 2030 um 5 Prozent (Östliche Ober-

steiermark) bzw. 2 Prozent (Westliche Obersteiermark) niedriger sein als 2009. Auf Basis der Bezirke werden Judenburg (-4%), Murau (-3%), Bruck an der Mur (-2%) und Gmünd (-1,8%) 2030 voraussichtlich weniger Privathaushalte zählen als 2009.

Die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt sowohl in Regionen stark an, die mit hohen Bevölkerungszuwächsen rechnen können, als auch dort, wo der Alterungsprozess deutlicher ausgeprägt sein wird. Dies erklärt die prognostizierten hohen Zuwächse bis 2030 beispielsweise für das Mühlviertel (+37%), das Innviertel (+36%), das Tiroler Oberland (+34%), das Wiener Umland-Nord (+33%), die Region Rheintal-Bodensee sowie für das Nordburgenland (jeweils +32%), die Regionen Bludenz-Bregenzeralp (+31%), Traunviertel, Lungau und die Oststeiermark (jeweils +30%).

In manchen peripheren Regionen, die schon in der Vergangenheit eine hohe Abwanderung zu verzeichnen hatten, wird es hingegen eine Stagnation bzw. nur einen leichten Anstieg an Einpersonenhaushalten geben. In der östlichen Obersteiermark beispielsweise beträgt der Zuwachs an Einpersonenhaushalten bis 2030 bloß 2 Prozent.

Die Entwicklung der Zahl der Mehrpersonenhaushalte wird voraussichtlich unterschiedlich verlaufen: In vielen Regionen mit zu erwartenden Bevölkerungsverlusten wird auch die Zahl der Mehrpersonenhaushalte künftig rückläufig sein. So werden in der Östlichen und Westlichen Obersteiermark die Mehrpersonen-

haushalte um 9 Prozent zurückgehen, in Unter- und Oberkärnten jeweils um 5 Prozent.

Dort, wo die Bevölkerungszahl hingegen stark wächst, dürfte auch die Zahl der Mehrpersonenhaushalte deutlich zunehmen. Im Wiener Umland steigt die Zahl der Mehrpersonenhaushalte bis 2030 voraussichtlich um ein Fünftel, in der Region Graz und im Nordburgenland jeweils um 15 Prozent.

Quellen: Pressemitteilungen der Statistik Austria, 18.01.2010, 26.01.2010 und 29.06.2011

Anmerkungen

- 1 Neuere Daten sind auf NUTS-3-Ebene nicht verfügbar.
- 2 Das Bruttoregionalprodukt (BRP = regionales BIP) wird errechnet, indem das Bruttoinlandsprodukt Österreichs anhand der Bruttowertschöpfungen zu Herstellungspreisen auf die Regionen aufgeteilt wird. Bei den Einwohnerzahlen handelt es sich um die Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt. Bei der Betrachtung der regionalen BIP-pro-Kopf-Werte ist generell zu beachten, dass sich das Bruttoregionalprodukt auf den Ort der Leistungserstellung (Arbeitsort) bezieht, während die dazu in Relation gesetzten Einwohnerzahlen auf den Wohnort bezogen sind, d.h. dass regionsüber-

schreitende Pendlerbewegungen unberücksichtigt bleiben. So stellen z.B. das Burgenland oder Teile Niederösterreichs traditionelle Auspendlerregionen dar.

- 3 Die Erwerbs- und die Haushaltsprognose werden mittels spezifischer Quotenmethoden berechnet. Als Basis dienen Erwerbs- bzw. Haushaltsrepräsentantenquoten nach fünfjährigen Altersgruppen und Geschlecht, die aus aktuellen Erhebungen (u.a. Volkszählungen und Mikrozensus) abgeleitet sind. Diese werden in die Zukunft extrapoliert und mit einer in gleicher Weise gegliederten und vorab gerechneten Bevölkerungsprognose multipliziert. Dies ergibt, nach Alter und Geschlecht summiert, die prognostizierten Zahlen für Erwerbspersonen bzw. Privathaushalte. Die Haushalte werden in einem weiteren Schritt auf Basis der durchschnittlichen Haushaltsgröße nach den einzelnen Haushaltsgrößen (1-, 2-, 3-, 4- sowie 5+ Personenhaushalte) aufgeteilt. Die durchschnittliche Haushaltsgröße in Privathaushalten berechnet sich aus der Division der prognostizierten Bevölkerung, die um Personen in Anstalten verringert wird, durch die vorausgeschätzte Zahl der Privathaushalte. Die Erwerbs- und Haushaltsprognosen werden auf unterschiedlichen regionalen Ebenen (Österreich insgesamt, Bundesländer, Bezirke) erstellt. Ein proportionales Abgleichsverfahren sorgt für die rechnerische Konsistenz der Summen für einzelne Prognoseeinheiten mit der jeweils übergeordneten Region.

Schlechte Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel

Jede/r vierte ÖsterreicherIn hat laut Verkehrsclub Österreich (VCÖ) keine gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel. Das Angebot hält mit der steigenden Nachfrage nicht mit, kritisiert der VCÖ.

Rund 60 Prozent der ÖsterreicherInnen benutzen einer VCÖ-Studie zufolge regelmäßig U-Bahn, Zug, Straßenbahn oder Bus: Jeder vierte Kilometer wird mittlerweile mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt, insgesamt ergibt das jährlich eine Summe von mehr als 23 Milliarden Kilometer. Innerhalb der EU15 liegt Österreich damit an der Spitze, bei der Bahn haben die Schweiz und Frankreich die Nase vorne.

Trotz der großen Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel seien viele Gebiete in Österreich jedoch schlecht oder gar nicht erschlossen, ortet VCÖ-Experte Martin Blum Nachholbedarf. 27 Prozent der Be-

völkerung könnten das nächste Zentrum mit Öffis nicht in 30 Minuten erreichen. Am schlechtesten sei die Situation in Oberösterreich, wo nur 63 Prozent mit Bus, Zug oder Straßenbahn binnen einer halben Stunde in die nächste Stadt gelangen. Enormes Verbesserungspotenzial gebe es aber auch in der Steiermark, in Niederösterreich und Kärnten, mit einem entsprechenden Anteil von um die 65 Prozent. Besser ist die Situation in Salzburg und Vorarlberg (je 79%) sowie in Tirol (72%).

Angebot bestimmt Nachfrage

Das ungenügende Angebot ist auch der wesentliche Grund, warum viele ÖsterreicherInnen öffentliche Verkehrsmittel nicht nutzen. Die VCÖ-Untersuchung zeigt, dass es hier zwischen den Bundesländern große Unterschiede gibt. In Wien fahren nur neun Prozent nie mit den Öffis, in Kärnten sind es hingegen 56 Prozent und im Burgenland 57 Prozent. Österreichweit sind es 42 Prozent.

Das liegt laut VCÖ aber nicht daran, dass die ÖsterreicherInnen grundsätzlich "Öffi-Muffel" wären. Vielmehr bestimmt das Angebot die Nachfrage. In jenen



Foto: hs

Bundesländern, wo mehr investiert und die Anzahl der Bahn- und Busverbindungen erhöht wurde, fahren deutlich mehr Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, betont der VCÖ. In Wien herrschten laut VCÖ-Sprecher Christian Kratzer „im Vergleich mit anderen Bundesländern ja paradiesische Zustände“.

So fahren 65 Prozent der Wienerinnen und Wiener täglich bzw. mehrmals die Woche mit den Öffis, an zweiter Stelle liegt Tirol mit 22 Prozent, Schlusslicht ist Kärnten, wo nur 13 Prozent häufig mit Bahn und Bus fahren.

Laut Wiener Linien "stimmt das Angebot", denn "mehr als jeder dritte Weg, den die Wiener und Wienerinnen zurücklegen, wird mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt". Wurden im Jahr 1998 von den Wiener Linien noch 704,2 Mio. Fahrgäste befördert, waren es 2008 bereits 803,6 Millionen. Die Steigerung führen die Wiener Linien auf den U-Bahn-Ausbau sowie kürzere Intervalle zurück.

Zahl der Öffi-Benutzer gestiegen

Zu berücksichtigen ist dabei, dass Wien aufgrund seiner großstädtischen Struktur mit den Flächenbundesländern nur schwer vergleichbar ist. Die Zahl der Kunden öffentlicher Verkehrsbetriebe ist in den vergangenen Jahren allerdings generell deutlich angestiegen. Die stärkste Zunahme gab es laut VCÖ beim Ver-

kehrsverbund Vorarlberg mit 75 Millionen Passagieren im Jahr 2008. Das bedeutet ein Plus von 60 Prozent seit 2004.

In der Stadt Salzburg gab es seit 2002 einen Anstieg um 53 Prozent auf 46 Millionen Fahrgäste. Die drittgrößte Zunahme - plus 15 Prozent bzw. 71 Millionen Fahrgäste - verzeichnete man beim Verkehrsverbund Steiermark.

In den übrigen Bundesländern wurde zwischen 2002 und 2008 ein Plus von sieben bis 13 Prozent festgestellt. Die meisten Fahrgäste gab es vor zwei Jahren im Bereich des Verkehrsverbundes Ost (878 Millionen), inkludiert waren dabei die 804 Millionen Kunden der Wiener Linien. Danach folgten Linz und Graz mit je 96 Millionen Passagieren.

Vorbild Schweiz

"Das zeigt, dass die PKW-Bereiche besser ausgebaut sind als jene für den öffentlichen Verkehr", kritisiert Verkehrsexperte Martin Blum. "Das Schienennetz wurde jahrzehntelang vernachlässigt."

Um aufzuholen, sei zunächst ein Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild notwendig, fordert Blum. Auch für die notwendige Sicherung der Grundversorgung seien die Eidgenossen ein Vorbild: Wo es pro Tag mehr als 500 Fahrgäste gibt, wird im Stundentakt verkehrt. Für

Bevölkerung, die nie mit öffentlichen Verkehrsmitteln fährt

| | |
|------------------|------------|
| Burgenland | 57 Prozent |
| Kärnten | 56 Prozent |
| Niederösterreich | 55 Prozent |
| Oberösterreich | 52 Prozent |
| Steiermark | 47 Prozent |
| Tirol | 44 Prozent |
| Salzburg | 43 Prozent |
| Vorarlberg | 43 Prozent |
| Wien | 9 Prozent |

Quelle: Statistik Austria, VCÖ 2010

Österreich wäre ein direkter Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für 80 Prozent der Bevölkerung ein wichtiges Ziel.

Auch Modernisierungen bei Fahrgastinformationssystemen wären wichtig, Verspätungen sollten in Echtzeit und auch via Handy abrufbar sein. Für Finanzierungsfragen fordert der VCÖ eine Dachorganisation,

die auch bei Geldern für Transparenz sorgt. Derzeit sei nicht ersichtlich, welche Summen Länder und Gemeinden investieren. Im Nah- und Regionalverkehr decken die Tariferträge nur 45 Prozent der Kosten.

Der Ausbau der Öffis bringe laut VCÖ mehr Arbeitsplätze als Verbesserungen im Straßennetz: Bei einer Investition von einer Milliarde Euro in öffentliche Verkehrsmittel entstünden rund 16.500 Arbeitsplätze, bei derselben Summe im Autobahnbereich seien es bloß 10.190 Jobs. Der Verkehrsclub fordert daher ein österreichweites Lückenschlussprogramm für den öffentlichen Verkehr. Bestehende Bahnlinien seien nicht nur zu erhalten, sondern zu modernisieren. "Die Bahn ist das Rückgrat des Öffentlichen Verkehrs. Der Bus ist die ideale Ergänzung für jene Gebiete, wo es kein Schienennetz gibt. Und davon gibt es in Österreich sehr viele", so VCÖ-Experte Martin Blum.

Quellen: Kritik an schlechter „Öffi“-Anbindung, <http://wien.orf.at>, 24.02.2010; Neun Prozent der Wiener fahren nie mit Öffis, <http://wien.orf.at>, 22.01.2010

Ehrenamt fördert regionale Bindung

Anhand einer empirischen Untersuchung in zwei oberösterreichischen Gemeinden gehen Ursula Rami und Andreas Hunger der Frage nach, inwieweit die Mitgliedschaft und das Engagement in Vereinen das lokale Eingebundenheitsgefühl stärkt.

2011 wurde zum Jahr des Ehrenamtes erklärt. „Die Europäische Kommission sieht die Freiwilligentätigkeit als gelebte Bürgerbeteiligung, die gemeinsame europäische Werte wie Solidarität und sozialen Zusammenhalt stärkt“ (EU 2011). So manche Dienste wären ohne diese ehrenamtliche Tätigkeit nicht finanzierbar. Zusätzlich werden die europäischen Gesellschaften auf das bürgerschaftliche Engagement vermehrt angewiesen sein. Einerseits zieht sich der Staat von manchen Aufgaben zurück, andererseits dürfen insbesondere die sozialen Sicherungssysteme nicht alleine den Kräften des Marktes überlassen werden, da sie sonst ihre lebensweltlichen oder ge-

meinnützigen Bezüge verlieren würden. Die Zivilgesellschaft und die privaten Organisationen (Vereine, Verbände, Initiativgruppen, Genossenschaften usw.) als dritter Sektor neben Staat und Wirtschaft gestalten unsere Gesellschaft mit den durch sie geschaffenen „Gelegenheitsstrukturen“ basisdemokratisch mit. Dabei hat man den vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen unserer pluralisierten Welt zu begegnen. Modernisierung, Globalisierung, Individualisierung sowie wechselnde Lebensstile und sich verändernde Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung sind nur einige Schlagwörter, die auf Wandlungsprozesse in unserer Gesellschaft verweisen.

Oberösterreich ist im Bundesländervergleich in der Freiwilligenarbeit führend. 48,8 Prozent aller Oberösterreicher engagieren sich freiwillig, gefolgt von den Tirolern (47,9%) und Niederösterreichern (46,8%). An letzter Stelle mit 34,5 Prozent findet sich Wien. Im Durchschnitt ergibt sich für ganz Österreich ein Anteil von 43,8 Prozent (Land OÖ, Abteilung Presse, 15.5.09). Insgesamt sind also rund 600.000 Personen in Oberösterreich ehrenamtlich tätig.

Tabelle 1: Ausgewählte Kenndaten zu den befragten Gemeinden

| | Eberstalzell | Rottenbach |
|-------------------------------------|-----------------------|-----------------------|
| Politischer Bezirk | Wels Land | Grieskirchen |
| Fläche | 27,56 km ² | 14,63 km ² |
| Einwohner | 2.400 | 1.100 |
| Anzahl der Vereine | 20 | 15 |
| Auspendlerquote | 64,5% | 74,9% |
| Erwerbstätige in der Landwirtschaft | 36,3% | 29,5% |
| Haushalte | 650 | 358 |
| Finanzkraft je EW (2009) | 872 € | 808 € |
| Versendete Fragebögen | 2.014 | 807 |
| Verwertbare Fragebögen | 624 | 265 |
| Rücklaufquote in Prozent | 31,1% | 32,8% |

Sozialkapital und Vereine

Bourdieu (1993) bestimmt die Zugehörigkeit zu einer Gruppe auch als Ressource, mit der sowohl für sich selber als auch für andere positive Wirkungen erzielt werden können. Da der Mensch praktisch immer in soziale Beziehungen eingebunden ist, entsteht das Sozialkapital gewissermaßen als Nebenprodukt des Alltags. Insbesondere wenn sich Personen mit unterschiedlichen Sichtweisen, Fähigkeiten und Arbeitsbereichen miteinander vernetzen, erhöhen sich die Effekte der Gruppenzugehörigkeit. Vereine können hier als ideale Reaktionsräume fungieren. Vereinigungen, die Menschen mit unterschiedlichen Biographien, Bildungshintergründen, Berufen und Interessen zusammenbringen, gelten als „brückenschlagend“, während „bindende“ Vereinigungen eher durch Menschen mit homogenen Merkmalen charakterisierbar sind. Sport- und Kulturvereine gehören beispielsweise zum ersten Typ, Senioren- und Berufsgruppen zum zweiten (vgl. Bühlmann/Freitag 2004: 330 und Putnam 2001: 28f).

Vereine, Verbände und Interessengemeinschaften tragen folglich nicht nur zur Entwicklung der Persönlichkeit und von vertrauensvollen Beziehungen bei, sondern wirken auch extern, indem sie demokratische Systeme effizienter machen und stabilisieren (Putnam 1993: 89). Da solche Gruppierungen auf Selbstorganisation und Selbstverwaltung aufbauen, erhöhen sie die demokratische Kompetenz. Darüber hinaus ist ein freiwilliges Ehrenamt meist mit bestimmten Anforderungsprofilen verbunden, die erst im Zuge der Tätigkeit erlernt werden. Es öffnet sich also ein Raum für informelles Lernen, indem Fähigkeiten, wie z.B. Sozialkompetenz, Rhetorik und Konfliktfähigkeit, trainiert werden (können). Diese einge-

übten Fähigkeiten sind wiederum in anderen Lebensbereichen (Arbeitsplatz, Politik) gefragt.

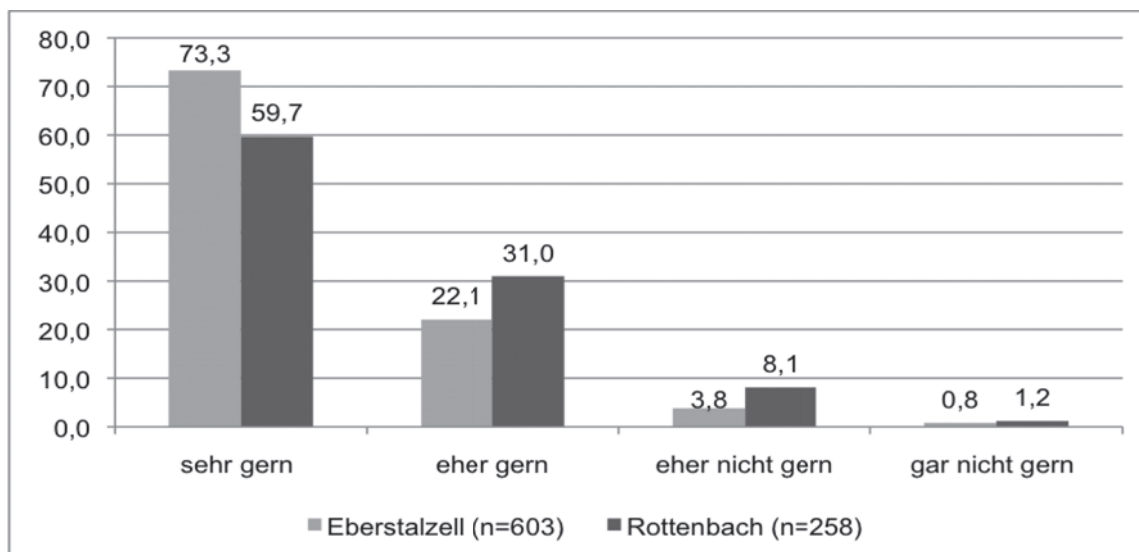
Im Allgemeinen leisten freiwillig Tätige einen unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung und Weiterentwicklung von lokalen Lebens- und Wohnumwelten. Das gebildete Sozialkapital ist auf der Individualebene z.B. für „Unterstützungsbeziehungen“ oder Vertrauen wichtig, auf den übergeordneten Ebenen stärkt es die Identifikation mit „symbolischen Gemeinschaften“ wie Gemeinde, Land oder Staat. Für die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes wird diese regionale Orientierung der Bürger zunehmend (über)lebensnotwendig (z.B. Konsum örtlicher Produkte, Sicherung der lokalen kulturellen Vielfalt, Nutzung und Schonung der regionalen Ressourcen).

Im Rahmen dieses Beitrages wird nun anhand zweier oberösterreichischer Gemeinden der Frage nachgegangen, inwieweit Vereine mit ihrem gebildeten Sozialkapital auch die Bindung an die Wohngemeinde als übergeordnete Ebene stärken können.

Befragung in Rottenbach und Eberstalzell

Die politischen Vertreter auf Gemeindeebene werden mit der Bedeutung des Ehrenamtes bzw. von Vereinen zwangsläufig konfrontiert bzw. sind in der Regel aktiv eingebunden. Daher wurde im Zuge der Neuauflage des örtlichen Entwicklungskonzeptes in zwei ausgewählten oberösterreichischen Gemeinden die Gelegenheit genutzt, auch Aspekte zu Ehrenamt und Vereinstätigkeit zu erheben. Beide Projekte konnten im Rahmen eines zweiseitigen Forschungspraktikums mit Studierenden abgewickelt werden (Rami 2010, Rami 2011). Letztlich nahmen aus der Gemeinde Rottenbach 265 Personen (Februar 2011) und

Grafik 1: Wie gerne leben Sie in Ihrer Gemeinde? (prozentuierte Häufigkeiten)



aus der Gemeinde Eberstalzell (Februar 2010) 624 Personen an der Erhebung mittels eines standardisierten Fragebogens teil. Beide Rücklaufquoten liegen bei knapp über 30 Prozent. In Tabelle 1 sind zusätzlich einige wichtige Kenndaten zu den Projektgebieten dargestellt.

Vereinsstrukturen

In beiden Gemeinden können als die fünf wichtigsten Vereine Sportunion, Kirche, Seniorenverein, Feuerwehr und politische Gruppierungen genannt werden. Etwa jede dritte Person ist sportlich aktiv, jede fünfte engagiert sich in der Kirche und jeweils circa jeder siebte im Seniorenverein, bei der Feuerwehr oder in einer politischen Partei. Dabei ist eine Mitgliedschaft in mehreren Vereinen durchaus üblich. Hinsichtlich der Vereinsbeteiligung zeigen sich gemeindespezifische Unterschiede. In Eberstalzell sind 70,8 Prozent der Befragten zumindest in einem Verein aktiv (im Schnitt 1,3 Mitgliedschaften je Befragten) und in Rottenbach 64,8 Prozent (im Schnitt 1,6 Mitgliedschaften je Befragten). In Rottenbach ist also der Anteil von Vereinsaktiven geringer und die Anzahl der Mitgliedschaften tendenziell höher. Sportvereine, Feuerwehr und der Seniorenverein scheinen eher eine Domäne der

Männer zu sein, während der Anteil der Frauen bei kirchlichen Vereinen signifikant höher ist.

Gesellschaftliche Einbindung und Integration

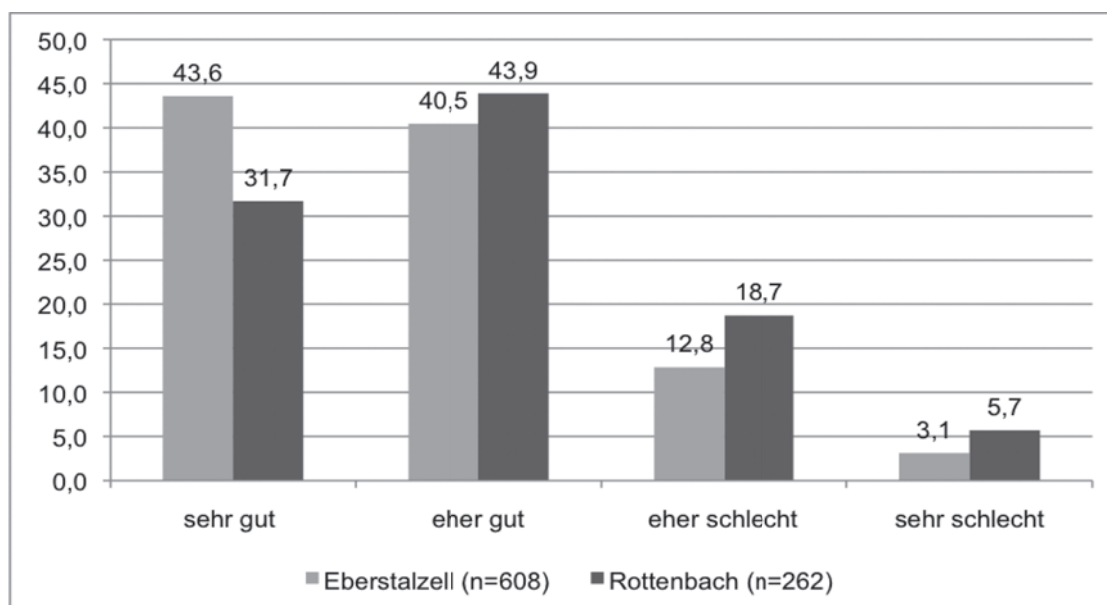
Den Einwohnern einer Gemeinde muss es gelingen, ihre unterschiedlichen Interessen, Wertvorstellungen und Ideologien so zu organisieren, dass sie auf einem begrenzten Lebensraum ein gutes und relativ konfliktfreies Miteinander verwirklichen können. Dabei kommt dem sozialen Kapital eine zentrale Bedeutung zu. Im Zuge der Erhebungen wurden hierbei die Aspekte „Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinde“ und „Beliebtheit bzw. Attraktivität der Gemeinde“ abgefragt. Grafik 1 weist dabei für beide Gemeinden recht hohe Beliebtheitswerte aus. Auch das Eingebundenheitsgefühl in die Gemeinde ist im Allgemeinen recht

Tabelle 2: Korrelationen zwischen Vereinsaktivität und Eingebundenheitsgefühl

| | Eberstalzell | Rottenbach |
|--|-------------------------|-------------------|
| Variable bzw. Frage | Korrelationskoeffizient | |
| „Wie gerne leben Sie in Ihrer Gemeinde?“ | -0,2*** | -0,1 ¹ |
| „Wie gut bzw. schlecht fühlen Sie sich in die Gemeinschaft der Gemeinde eingebunden?“ | -0,35*** | -0,29*** |
| „Wie ist Ihrer Meinung nach das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugezogenen?“ | -0,09* | Nicht erhoben |

*** p<0,001; * p<0,05

Grafik 2: Wie gut bzw. schlecht fühlen Sie sich in die Gemeinschaft in Ihrer Gemeinde eingebunden? (prozentuierte Häufigkeiten)



hoch (vgl. Grafik 2). Die etwas schlechteren Werte für Rottenbach könnten sich durch den hohen Auspendleranteil und die dadurch geringere Vereinsbeteiligung erklären.

Vereinszugehörigkeit schafft Gemeindebindungen

Zur Prüfung der eingangs formulierten Hypothese, wonach Vereinsmitgliedschaften die Bindung an die Gemeinde stärken, wurden bivariate Korrelationen errechnet. Die Variable „Anzahl der Vereinsmitgliedschaften“ beschreibt dabei einen einfachen Summenindex der einzelnen im Fragebogen angegebenen Mitgliedschaften je Person.

Wie in Tabelle 2 (S. 11) ersichtlich, zeigt sich sowohl für die Gemeinde Eberstalzell als auch für Rottenbach ein bedeutender, signifikanter Zusammenhang zwischen Vereinsmitgliedschaften und Eingebundenheitsgefühl in die Gemeinde.² Dieses Ergebnis deckt sich mit einer gleichfalls erst jüngst durchgeführten Befragung in den drei oberösterreichischen Gemeinden Maria Neustift, Eidenberg und Kirchheim im Innkreis. (Hunger 2011). Hier fand sich ebenso ein signifikanter Zusammenhang zwischen Vereinsaktivitäten und Eingebundenheitsgefühl in die Gemeinschaft der Gemeinde. Zusätzlich wirkt in Eberstalzell die Vereinsaktivität auf die Beliebtheit der Gemeinde und verbessert das wahrgenommene Zusammenleben

zwischen Einheimischen und Zugezogenen signifikant. In den untersuchten Gemeinden entwickeln Vereine folglich wertvolles „brückenschlagendes“ Sozialkapital.

Schlussfolgerungen

Die Heterogenität in der Bevölkerung nimmt durch die Vielfalt der Lebensentwürfe, Migration, Mobilität usw. zu, sodass die Gesellschaft neue Bindungskräfte braucht. Vereine bieten hier eine häufig gewählte organisatorische Plattform und strukturieren Entscheidungsspielräume und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Sie entwickeln einen sozialen Zusammenhalt über „Vereinsgrenzen“ hinweg und stärken die Bindung an die Heimatgemeinde.

Damit kommt diesen Gruppen eine bedeutende Funktion bei der Bildung von Sozialkapital in der Gemeinde zu. Dies kann man sich insbesondere zur Integration von zugezogenen Gemeindebürgern (z.B. berufsbedingter Zuzug, Migration) zu Nutze machen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass - wie alle Kapitalarten - auch das Sozialkapital ungleich verteilt ist. Benachteiligte Menschen, z.B. bedingt durch Armut oder Migration, brauchen ein eigenes, „niederschwelligeres“ Angebot als privilegierte Gruppen. Zusätzlich unterliegen Vereine der Professionalisierung. Es besteht damit die Gefahr, Zugangshürden für potentielle Neumitglieder zu schaffen. Ferner sollte ins-

besondere im ländlichen Raum auf die eingeschränkte Mobilität älterer Menschen Rücksicht genommen werden (z.B. Verein organisiert Zusammenkünfte inklusive Taxidienst).

Allerdings ist zu erwarten, dass sich Vereine in Zukunft durch die angespannte Finanzlage der öffentlichen Hand verstärkt selbst finanzieren werden müssen. Hier sind durchaus negative Wirkungen auf die Nahversorgung zu erwarten.³ Und nicht alle zivilgesellschaftlichen Aktivitäten brauchen sofort den Rahmen eines Vereins. Zivilgesellschaft beginnt bereits dort, wo sich Menschen freiwillig zusammenfinden, um ihren Lebensraum zu gestalten.

*Ursula Rami, Andreas Hunger
Institut für Soziologie, JKU Linz*

Anmerkungen

- 1 Wird nur die generelle Vereinsmitgliedschaft (nein / ja) berücksichtigt, so zeigt sich auch dieses Ergebnis signifikant (-0,15*).
- 2 Das Minuszeichen in Tabelle 2 kommt daher, weil die Variable Vereinstätigkeit von 0,1,2, ... bis 17 und die Variable "Wie gerne leben Sie in Ihrer Gemeinde" von 1=sehr gern bis 4= nicht gern geht.
- 3 Vgl. hierzu den Beitrag „Die Zukunft traditioneller Landgasthäuser“ in dieser Ausgabe.

Dorfläden sollen Nahversorgung sicherstellen

Mit dem Abbau der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere der sozialen und kulturellen Einrichtungen, sind in peripheren Regionen die gesellschaftlichen Teilhabechancen vieler MitbürgerInnen gefährdet. So genannte Dorfläden können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Neben dem Lebensmitteleinkauf dienen sie als Kommunikationszentren und binden bürgerschaftliches Engagement.

Wenn die Postfiliale geschlossen, die Zweigstelle der Bank dicht gemacht und der Supermarkt abgewandert ist, können sich die BewohnerInnen vieler ländlicher Gemeinden nicht mehr selbst mit Briefmarken,

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1993): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bühlmann, Marc / Freitag, Markus (2004): Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe am Sozialkapital. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen des Engagements in EU 2011: 2011 wird Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit. Pressemitteilung Nr. IP/09/862, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/862&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>
- Freiwilligenorganisationen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 56. Jahrgang, Juni 2004
- Hunger, Andreas (Hrsg.), (2011): Subsistenz in Oberösterreich. Ökonomisches Auslaufmodell oder wiederkehrende Wirtschaftsweise? Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden Eidenberg, Kirchheim i.L. und Maria Neustift. Linz: Johannes Kepler Universität.
- Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: University Press.
- Putnam, Robert D. (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Rami, Ursula (Hrsg.), (2010): „Zaum tuan – viri schau“. Lebens- und Wirtschaftsraum Eberstalzell. Eine empirische Untersuchung in der Gemeinde Eberstalzell. Linz: Fachhochschule OÖ, Campus Linz.
- Rami, Ursula (Hrsg.), (2011): „perfoRm – Perspektiven für den Ort Rottenbach und seine Menschen“. Eine empirische Untersuchung in der Gemeinde Rottenbach. Linz: Fachhochschule OÖ, Campus Linz.

Geld und Lebensmitteln versorgen. Unzählige kleine Ortschaften sind auf die Dienste mobiler Händler angewiesen. Nicht selten ist selbst dieses Service bereits eingestellt. Als Alternative bleibt die Fahrt mit dem PKW zur nächsten Einkaufsmöglichkeit oder die Unterstützung durch die Familie und Nachbarn. Mit Blick auf die Zukunft rechnet Claudia Neu, Soziologin an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach, mit einer Verschärfung der für viele bereits heute prekären Situation.

Im Abschlussbericht eines Forschungsprojekts zur wohnortnahen Grundversorgung und Bürgerpartizipation verweist sie auf eine schnell alternde ländliche Bevölkerung mit wenigen Kindern und einem steigenden Anteil immobiler Hochbetagter, deren Kinder und Enkel zu großen Teilen in andere Regionen abgewandert sind. Einen Ansatz, die Grundversorgung auf dem Lande sicher zu stellen, sieht sie in Dorfläden.

Gesellschaftliche Teilhabechancen gefährdet

Zwar untersuchte Claudia Neu die Frage der wohnortnahen Grundversorgung nur am Beispiel eines Dorfes im strukturschwachen Mecklenburg – der Gemeinde Galenbeck –, doch können ihre Ergebnisse auf viele andere ländliche Regionen übertragen werden, da auch dort die demographische Entwicklung ähnlich verläuft. Mit dem Abbau der öffentlichen Infrastruktur, der sozialen und kulturellen Einrichtungen und der Reduzierung des Personennahverkehrs sieht die Soziologin überdies die "gesellschaftlichen Teilhabechancen" gefährdet. So genannte Dorfläden leisten hier einen wichtigen Beitrag. Sie bündeln neben dem Lebensmitteleinkauf vielfältige Angebote und binden bürgerschaftliches Engagement. "Ob und wo sie realisiert werden, ist nicht allein eine betriebswirtschaftliche, sondern auch eine politische Entscheidung", macht die Wissenschaftlerin deutlich.

In der untersuchten Gemeinde sind 90 Prozent der BewohnerInnen von allen zu Fuß zu erreichenden Versorgungsmöglichkeiten abgeschnitten. Zum Einkaufen fahren sie zu Discountern und Supermärkten in anderen Orten. Drei Viertel der befragten Haushalte können sich vorstellen, in einem Dorfladen in der Gemeinde einzukaufen. Dabei kommt das größte Interesse von Frauen, jüngeren Dorfbewohnern und solchen, die auf Bekannte und Nachbarn angewiesen sind. "Aber auch die sehr gut Verdienenden sehen in einem Dorfladen einen Beitrag für die Gemeinschaft", stellte die Mönchengladbacher Professorin fest. Gut die Hälfte der "Dorfladenbefürworter" ist bereit, den Aufbau des Ladens tatkräftig zu unterstützen. Waren aus eigener Produktion wie Eier, Obst und Gemüse würde gern ein knappes Drittel der Befragten liefern.

Zahlreiche neue Läden

Auch wenn sich in der mecklenburgischen Gemeinde Galenbeck die Raumstrukturen letztendlich als zu weitläufig und die einzelnen Dörfer als zu klein für einen wirtschaftlich tragfähigen Laden herausstellten – in anderen Regionen wurden entsprechende Läden bereits realisiert, wie der FAZ-Bericht „Tante Emmas kecke Töchter“ anhand ausgewählter Beispiele aus Süddeutschland dokumentiert.

So gibt es etwa in Hurlach, einem 30 Kilometer südlich von Augsburg gelegenen Dorf mit 1.650 Einwohnern, seit zwei Jahren wieder einen Dorfladen. Dass es in einem Dorf wie Hurlach einen Laden gibt, ist nicht mehr selbstverständlich. Die Leute müssten andernfalls einige Kilometer weit in den Supermarkt fahren.

Obwohl der Dorfladen laut FAZ „als ein Geschäftsmodell aus den fünfziger Jahren“ gilt, das „längst nicht mehr funktioniert“, gibt es Jahr für Jahr Neugründungen. Dahinter stehen keine Konzerne, auch sehr selten EinzelunternehmerInnen, sondern mehrheitlich ganze Dörfer. So ist der Dorfladen



Soziologin Claudia Neu. Quelle: idw

Hurlach im Besitz einer Bürger-Genossenschaft, ebenso wie die Läden im oberbayerischen Gelting oder in Harthausen. Diese im Bericht porträtierten Geschäfte sind drei von rund 80 neuen Kleinstverkaufsläden, die es allein in Bayern gibt. Sie sehen weniger wie verstaubte Tante-Emma-Läden (die deutsche Version des Greißlers, siehe Info-Kasten) aus, sondern eher „wie aufgeräumte Mischlinge aus Minisupermärkten und Marktständen“.

Kundenbeziehung als Wettbewerbsvorteil

Im ehemaligen Benediktinerkloster Thierhaupten bei Augsburg, wo nunmehr eine Schule für ländliche Raumentwicklung angesiedelt ist, finden regelmäßig Seminare zum Thema statt, wie ein Dorfladen im 21. Jahrhundert noch existieren könne. TeilnehmerInnen sind vielfach die BürgermeisterInnen kleiner Gemeinden. Ein fränkischer Bürgermeister klagt anlässlich eines derartigen Seminars der Frankfurter Allgemeinen, dass der einzige Laden in seinem Dorf bald schließen werde. Ähnliches vernimmt man von seinen Amtskollegen: In der Siedlung im Ostallgäu halte nicht einmal mehr der Bäckerwagen – und seit im oberbayerischen Fuchstal der letzte Laden vor 30 Jahren seine Pforten geschlossen habe, sei der verbliebene Treffpunkt für die Älteren der Friedhof. Die Bürgermeister klingen besorgt. Offenbar geht es ihnen um mehr als nur um Einkaufsmöglichkeiten: "Ist kein Laden mehr im Ort, ist kein Leben mehr im Ort, und die Bürgermeister wollen keinem toten Dorf vorstehen", bringt es FAZ-Autor Jan Grossarth auf den Punkt.

Die SeminarteilnehmerInnen sind nicht zuletzt deshalb angereizt, um Wolfgang Gröll zu hören, Deutschlands einzigen Unternehmensberater, der sich auf Dorfläden spezialisiert hat. Gröll führt den Boom der Discountmärkte auf den menschlichen Jäger- und Sammlertrieb zurück. Doch dieser sei irrational, denn nach den Billigeinkäufen lande meist die Hälfte der Produkte im Müll und am Ende sei alles teurer.

Gröll berät die Dorfläden dahingehend, dass sie die Lebensmitteldiscounter mit ihren eigenen Waffen schlagen sollen. Sie müssten seines Erachtens Massenware zum Niedrigpreis anbieten, ihren Gewinn hingegen mit frischem Obst, Fleisch, Brot und Käse erzielen. Weiters sollten sie offensiv mit fett gedruckten Niedrigpreisen werben. Doch der große Wettbewerbsvorteil sei die besondere Kundenbeziehung, die keine Supermarktfiliale aufbauen könne: „Ein Dorfladen ist immer auch ein emotionales Gebilde,“ so Gröll.

Alte Idee wiederbelebt

Die Dorfgemeinschaften werden selbst zum Unternehmer, weil sie für kein großes Handelsunternehmen mehr interessant sind. Schon im neunzehnten Jahrhundert nahmen Menschen, wenn sie sich von den Konzernen alleingelassen fühlten, die Wirtschaft selbst in die Hand. Landwirte und Kleinbürger gründeten Genossenschaftsbanken, weil sie, außer von Wucherern, kaum Kredite bekamen. Auch andere Wirtschaftszweige halfen sich selbst, als kein anderer ihnen half: Handwerker und Händler in Einkaufsgenossenschaften, Arbeiter in Konsumgenossenschaften. Die Genossenschaftsbewegung war eine Antwort auf die Härten des Frühkapitalismus. In den Dörfern ist sie wieder aktuell, konstatiert Jan Grossarth.

Beispielsweise auch in Harthausen, einem Ort mit 870 Einwohner im Speckgürtel östlich von München. In Harthausen gab es zuletzt nur noch einen Kaugummi- und einen Zigarettenautomaten. Vor vier Jahren schloss die Metzgerei, weil der Metzger in den Ruhestand ging. Der neue, 80 Quadratmeter große Dorfladen liegt in einem alten Feuerwehrhaus und befindet sich gleichfalls im Besitz einer Genossenschaft. Rund zweihundert DorfbewohnerInnen erwarben Anteile, jeder investierte 200 Euro. Das Geld genügte als Startkapital für Regale, Kühltheken, Geräte und Lebensmittel. Trotzdem gäbe es ohne die ehrenamtliche Mithilfe der Bürger kein Geschäft: Harthausener Handwerker bauten die Regale, Maler malten die Geschäftsräume aus und ein Dorfbewohner leiht dem Laden seinen Anhänger zum Transport der Getränkeketten.

Wenn im Dorf wieder ein Geschäft vorhanden ist, gibt dieses vielen alten Menschen ihre Selbständigkeit zurück. FAZ-Autor Jan Grossarth interviewte eine 89 Jahre alte Frau, die mit ihrer Gehhilfe in den neu gegründeten Laden in Harthausen gelangt. Nun könne sie wieder selbst einkaufen gehen, zum ersten Mal seit Jahren, ist sie sichtlich erfreut. Zuletzt brachten ihr Verwandte die Einkäufe mit, alle 14 Tage.

Kein Dorfladen überlebt nur dadurch, dass er nostalgische Gefühle weckt. Aber für den Laden ist es vermutlich ein Vorteil, dass seine Mitarbeiter nostalgische Gefühle für die Sache hegen – und für nicht so viel Geld arbeiten. Gelernte BäckereifachverkäuferInnen, Bürokaufleute, die vorher meist zu Hause waren, arbeiten halbtags mit. Etwa Sibylle Christl, die gute Kindheitserinnerungen an Dorfläden hat. Ihre Mutter ging mit ihr in den sechziger Jahren immer in einen kleinen Eckladen einkaufen, der schloss, als der Supermarkt öffnete. „Vielleicht arbeite ich hier auch deswegen mit, weil ich das Einkaufen als Kind immer als so toll erlebt habe“, sagt sie zur FAZ. Es ist für die Familien der MitarbeiterInnen meist nur ein Zuverdienst. Als sie vor vielen Jahren nach Harthausen zog, lernte Sibylle Christl ihre neuen Nachbarn vor allem bei ihren Einkäufen in der Metzgerei kennen. Das habe sie nach deren Schließung sehr vermisst. Johanna Mayer, die Geschäftsführerin, ist gelernte Floristin und sah im Dorfladen eine Chance, etwas für das Dorf zu tun. Für sie war der Dorfladen auch eine gute Gelegenheit, wieder eine Arbeit zu finden, zu der sie keinen weiten Anfahrtsweg zurücklegen muss.

Nicht nur gewinnorientiert

Der dritte porträtierte Dorfladen befindet sich in Gelting, nahe dem oberbayerischen Wolfratshausen, und wirtschaftet schon seit einem Jahr erfolgreich. Damit ist gemeint: In den vergangenen beiden Monaten machte der Laden weder Gewinne noch Verluste, zu Jahresende dürfte er leicht negativ bilanzieren. Die Preise sind etwas höher als im Supermarkt, was den KundInnen, vermutet Jan Grossarth, nicht sonderlich auffallen dürfte, da das am gleichnamigen See gelegene Starnberg nahe ist, der reichste Landkreis in Bayern.

Andrea Pichler ist auf 800-Euro-Basis Geschäftsführerin des Dorfladens Gelting. Nach dem Abitur begann sie ein Studium, das sie sich selbst finanzieren musste, wozu sie Kleidung nähte oder Schafsmilchseife herstellte und verkaufte. Das machte ihr immer mehr Spaß und das Studium immer weniger. Als sie schließlich auf einer Bürgerversammlung vom Dorfladenprojekt hörte, meldete sie sich. Sie wurde Verkäu-

Greißlersterben

Das Greißlersterben bezeichnet die Schließung diverser kleiner Läden aufgrund der enormen Konkurrenz der Großmärkte. Die großen Lebensmittelketten machen es kleineren Geschäften fast unmöglich, diese wirtschaftlich zu führen, denn kein Greißler kann derartige Mengen einkaufen und Preise aushandeln wie eine Supermarktkette.

Ein weiterer Grund für das Greißlersterben liegt einige Zeit zurück. Durch den Ausbau des Straßennetzes und den Anstieg der Motorisierung war es plötzlich möglich, auch autoorientierte Standorte außerhalb der traditionellen Nahversorgungszonen aufzubauen, die Einkaufszentren. Deren großer Vorteil: Viele unterschiedliche Geschäfte und Dienstleistungen unter einem Dach. Parkhäuser bieten einer großen Menge an Autos Platz und ersparen den Einkaufenden das lange Suchen nach einer geeigneten Parkmöglichkeit, was bei innerstädtischen Geschäften gang und gebe ist. Die große Auswahlmöglichkeit, Diskontpreise, Warenverfügbarkeit und Sonderangebote locken zahlreiche Kauflustige in die Einkaufszentren. Auf diejenigen, die nicht mobil sind, wird jedoch kaum Rücksicht genommen.

Die Zahl der Lebensmittelgeschäfte ging in Österreich in den letzten Jahrzehnten ständig zurück. Von ca. 15.000 im Jahr 1975 auf ca. 10.000 1995 bis auf 5.500 (davon ca. 2.400 so genannte Greißler) 2009. Laut einer Studie aus dem Jahr 2006 haben z.B. in Tirol mehr als ein

Fünftel aller Ortschaften kein eigenes Lebensmittelgeschäft mehr. Das Sterben der Lebensmittelgeschäfte hat sich zuletzt etwas verlangsamt. Viele Greißler überleben heute nur mehr, da sie sich auf ein oder mehrere Nischenprodukte spezialisiert haben, welche im Großhandel nicht erhältlich sind. Gäbe es allerdings die kleinen Geschäfte der Zuwanderer nicht, wäre die Nahversorgung in Österreich nahe dem Nullpunkt.

Das Greißlersterben zeitigt in der Regel negative sozialräumliche Folgewirkungen: Müssen die ersten Geschäfte zusperren, entstehen Leerstände und KundInnen bleiben aus, was zur Folge hat, dass in der Umgebung weitere Geschäfte und konsumnahe Dienstleister wie Frisör oder Post schließen. Mit dem Greißlersterben geht auch die Nähe zum Kunden verloren, welche dann in mühseligen Marketingstrategien wieder aufgebaut werden muss. Im Allgemeinen konnte man beim Greißler auf eine ausführliche Beratung und hilfreiche Tipps zählen – im Gegensatz zu den großen Einkaufsketten, die zwar ein breites Sortiment aufweisen, jedoch über vergleichsweise wenig Personal verfügen und somit eine fundierte Beratung fast unmöglich machen.

Wenn man z.B. wegen eines Einkaufs von 30 Euro 20 Kilometer weit fährt, sollte man zudem nachrechnen: Zahlt sich das angesichts steigender Benzinpreise überhaupt aus? Und kauft man im Supermarkt nicht mehr ein – Sachen, die man gar nicht kaufen wollte, Lebensmittelmengen, die man gar nicht rechtzeitig aufbrauchen kann?

ferin und später Geschäftsführerin. „Für einen Discounter würde ich nicht arbeiten, weil ich gern auch mit den Kunden sprechen mag,“ bekennt sie der Frankfurter Allgemeinen. Dass der soziale und der kulturelle Aspekt des Wirtschaftens neben dem Profitstreben nicht untergehen dürfen, war schon ein zentrales Anliegen der Genossenschaftsbewegung. Das ist auch im deutschen Genossenschaftsgesetz festgehalten, das auf ein Gesetz aus dem Jahr 1868 zurückgeht.

Alle ein, zwei Minuten kommt ein Kunde in den Laden. Die meisten kaufen Brot, Obst und Käse, die

Auswahl ist groß. „Wir schauen uns bei den Erzeugern tagelang an, wie die Sachen gemacht werden, um das Gefühl an die Kunden weitergeben zu können“, sagt Andrea Pichler. Das könne man sich leisten, da hier nicht ausschließlich gewinnorientiert gearbeitet werde.

Grossarth hat den Eindruck, dass die MitarbeiterInnen der neuen Kramerläden trotz des geringen Einkommens recht zufrieden mit ihren neuen Jobs sind. Sibylle Christl erledigt zum Beispiel im Harthausener Laden den Einkauf und die Preisgestaltung, sie war zuvor 23 Jahre lang Hausfrau. Eine ältere Mitarbeite-

rin des Geltinger Dorfladens fand anderswo keine Stelle. Nun sei sie das „Zugpferd an der Wursttheke“, sagt ihre Chefin. Eine andere Verkäuferin kam von einer Buchhandlung. Sie suchte nach 40 Berufsjahren eine neue Herausforderung. Auch in Hurlach sind die Erwerbsbiographien der MitarbeiterInnen ähnlich: Am Tag, als Jan Grossarth den Laden besucht, findet er zwei Verkäuferinnen im Geschäft vor. „Es ist schön, hier zu arbeiten“, findet die eine. Man müsse nicht betteln, wenn man einmal einen freien Tag haben möchte, sondern können das mit einem Anruf regeln. Andererseits hätten sie früher mehr verdient. Einige arbeiten im kleinen Kaufmannsladen für wenig Geld, weil sie das gern tun – etwa der Geschäftsführer, ein ehemaliger Fluglotse, der mit einer guten Pension ausgestattet ist –, andere können sich das allerdings nicht leisten. Die Grenze zur Selbstausbeutung ist nah.

Modell kommunaler Selbstversorgung

Der Idee des Dorfladens tut dies einstweilen offenbar keinen Abbruch, derartige Modelle gibt es auch in Österreich, z.B. in Vorderstoder oder in den Mühlviertler Gemeinden St. Thomas am Blasenstein und Kaltenberg. Der letztgenannte, auf 842 Höhenmetern gelegene Ort ist auch gemessen an der umliegenden ländlichen Struktur überschaubar: mit 640 Einwohnern auf 17 Quadratkilometer, es dominieren Forst- und Landwirtschaft.

Ein im April in der „Presse“ erschienener Bericht hält fest, dass sich hier trotz der abgelegenen Lage und der geringen Einwohnerzahl ein Wirtshaus mit angeschlossenem Hotel hält, das von Seminaren und vom sanften Wander-, Langlauf- und Reittourismus lebt. In Kaltenberg gibt es weiters zwei Freiwillige Feuerwehren, rund 20 aktive Vereine, eine Wallfahrtskirche und eine Volksschule. Ein neuer Betreiber für das Lebensmittelgeschäft, das im August 2010, als der letzte Greißler in Pension ging, zugesperrt hat, konnte allerdings nicht mehr gefunden werden. Die Kaltenberger betreiben deshalb seit Jänner dieses Jahres ihr Geschäft selbst – auf Vereinsbasis. Der Kaltenberger Dorfladen heißt nun „Unser G'schäft“ und gehört den rund 60 Mitgliedern.

Ob er Erfolg haben wird, diskutieren bei einem von Georgia Meinhart drei Monate nach Betriebsauf-

nahme durchgeführten Lokalausweis alteingesessene Bewohner vor Ort: „Als Privater würde ich es heute mit Sicherheit nicht mehr machen. Vielleicht funktioniert es ja so, als Verein“, zitiert Meinhart Josef Atteneder, der 1959 erstmals an dieser Stelle eine Greißlerei mit einer Tankstelle und einer Trafik eröffnete und 40 Jahre lang führte. „Das Problem sind die Jungen. Die meisten pendeln ja zum Arbeiten in die größeren Umlandgemeinden und kaufen dann auf der Heimfahrt in den Supermärkten ein“, führt Atteneder weiter aus. Eine Kundin, die ca. fünf Kilometer entfernt wohnt, hat Milchprodukte und Gebäck in ihrem Einkaufswagen. Sie kaufe regelmäßig hier ein, Großeinkäufe erledige sie aber immer noch in den Supermarktfilialen, „wegen der Aktionen“, bekennt sie.

Gemeinschaftssinn haben die Kaltenberger laut Presse bereits bewiesen: Die örtlichen Vereine, Firmen und zwei von drei BewohnerInnen haben mindestens je 100 Euro für das Geschäft vorgeschossen, die sie in Einkaufsgutscheinen zurückerhalten, 3.000 Euro steuerte das Land Oberösterreich aus dem Budget zur Förderung der regionalen Entwicklung bei, insgesamt kam die für den Geschäftsstart notwendige Summe von 30.000 Euro zusammen.

Die Problemlage ist die gleiche wie in Mecklenburg-Vorpommern oder in Bayern. Wenn ein Teil der Nahversorgung wegfalle, sei bald die gesamte Struktur (Post, Bank, Wirt) bedroht, gibt Bürgermeister Josef Hinterreither zu bedenken: „Die Idee des selbst geführten Geschäfts ist aus der Not heraus entstanden. Weniger Angebot im Ort bedeutet weniger Leben im Ort, das wollen wir vermeiden.“



Dorfladen in Kaltenberg. Foto: hs

Gewinne werden in Kaltenberg vorerst nicht erwartet. Ein Umsatz von etwa 150.000 Euro im Jahr, um die laufenden Kosten zu decken, hingegen schon. Dazu müssten die Dorfbewohner einen Großteil ihrer Einkäufe im Ort erledigen. Um dies zu erreichen, wird versucht, den Bedürfnissen der KundInnen so weit wie möglich entgegenzukommen: So wurden die Öffnungszeiten auf Sonntag ausgedehnt und an Wochentagen – außer mittwochs – kann bis 18.30 Uhr eingekauft werden.

Verkäuferin Julia Mühlbacher führt nicht nur den Laden, sie hält auch die Kommunikation im Dorfladen aufrecht. Bis auf Fleisch, das zu schnell verderbe, gebe es in der kleinen Greißlerei nun wieder alles, was man an Lebensmitteln braucht, außerdem noch Wolle, Garne, Zeitungen und Zigaretten. Zwischen 30 und 50 KundInnen kommen täglich vorbei. Wenn sie gehen, werden sie von Mühlbacher freundschaftlich verabschiedet – in der Hoffnung, dass sie wiederkommen.

Investitionen in soziale Dienstleistungen beleben die Regionalwirtschaft

Investitionen in die soziale Infrastruktur schaffen Arbeitsplätze, insbesondere im ländlichen Raum. Ein gut ausgebautes Angebot an sozialen Dienstleistungen wie Kinderbetreuungsplätze und Pflegeangebote sorgt außerdem dafür, dass Frauen entlastet werden und ihre Qualifikationen am Arbeitsmarkt einsetzen können. Dies ergab eine von Arbeiterkammer und ÖGB in Auftrag gegebene Studie der Donau-Universität Krems.¹

Verglichen mit anderen europäischen Ländern hat Österreich eine niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen. „Dies muss sich ändern, daher fordern wir Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur“, sagen Alice Kundtner, stellvertretende Direktorin der AK Wien, und Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Anders als Österreich würden die Vorzeigeländer in Nord- und Westeuropa auf Sachleistungen set-

zen. Ob Dorfläden generell eine Zukunft haben, bleibt einstweilen offen. Unwahrscheinlich ist es nicht, denn die Frage der Nahversorgung wird auch in Zukunft bestimmend sein: „Wer versorgt die Generation der heute 60-Jährigen, die augenblicklich ihre alten Eltern unterstützt, wenn sie selbst alt und hilfsbedürftig ist, ihre Kinder aber nicht mehr in ihrem Umfeld leben?“, fragt Soziologin Claudia Neu. Eine Frage, auf die die Politik noch eine Antwort finden muss.

Quellen: Rudolf Haupt: Dorfläden sollen die Versorgung ländlicher Gemeinden sicherstellen, Pressemitteilung der Hochschule Niederrhein, 09.03.2010; Jan Grossarth: Die neuen Dorfläden, Tante Emmas kecke Töchter, Frankfurter allgemeine Zeitung, 28.11.2009, <http://dorfladen-netzwerk.de>; Georgia Meinhart: Im Dorf, das den Greißler aufkaufte, Die Presse, 10.04.2011; Der schleichende Tod der Nahversorgung, www.geldmarie.at/wirtschaft/nahversorgung.html; <http://de.wikipedia.org/wiki/Greißler>; Der Greißler ums Eck bald weg? www.findmyhome.at, 04.07.2011

zen. „An diesen Ländern müssen wir uns orientieren“, so Kundtner. Investitionen in soziale Dienstleistungen tragen aber nicht nur dazu bei, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden und die Regionalwirtschaft belebt wird. Durch diese Investitionen wird auf lange Sicht das Budget entlastet. „Es wäre also kurzfristig, in diesem Bereich nicht zu investieren“, so Achitz.

Schwierig ist die Lage in Österreich vor allem im ländlichen Raum. Kooperation und Arbeitsteilung zwischen den Kommunen sind daher gefragt. Wie die Studie von Biffel et al aber zeigt, hängt dies oftmals von einzelnen Personen ab. „Es müssen mehr Anreize für die Kooperation auf regionaler Ebene geschaffen werden“, sagt Kundtner. „Es muss endlich klares Ziel der Familien- und Steuerpolitik werden, dass Frauenbeschäftigung gefördert wird. Dies muss sich auch in den jeweiligen Budgets niederschlagen“, fordern Kundtner und Achitz.

Niedrige Frauenerwerbsquote in Österreich

Verglichen mit anderen europäischen Vorzeigeländern arbeiten in Österreich deutlich weniger Frauen. Zugleich haben sie häufiger eine Teilzeitbeschäftigung als Männer. Die Wirtschaftskrise hat diese Situation noch einmal verschärft: Die Frauenbeschäfti-

gung stagniert und Vollzeit-Arbeitsplätze werden durch Teilzeit-Arbeitsplätze ersetzt. Zugleich ist die Zahl der von Frauen geleisteten Arbeitsstunden um rund 55 Millionen Stunden bzw. 2,3 Prozent gesunken.

Als Vorbilder sehen AK und ÖGB jene Länder an, in denen Frauen bessere Erwerbs- und Einkommenschancen haben. Dies ist unter anderem in den skandinavischen Ländern wie Dänemark und Schweden der Fall, aber auch in den Niederlanden und Frankreich. Entscheidend in diesen Ländern ist die gut ausgebaut und qualitätsvolle soziale Infrastruktur. Diese erhöht auch längerfristig die Erwerbs- und Einkommenschancen der Frauen, das wiederum lässt die Binnennachfrage steigen. Außerdem zeigen die Zahlen: Je höher die Frauenbeschäftigung, desto höher ist das BIP pro Kopf im jeweiligen Land.

Sachleistungen statt Geldleistungen

Anders als die genannten Vorzeigeländer setzt Österreich auf Geldleistungen, vergleichsweise schlecht ausgebaut ist hierzulande das Angebot an Sachleistungen. Diese aber wären zentral, um die Frauenbeschäftigung erhöhen zu können. Denn ein wesentlicher Grund für die niedrige Frauenbeschäftigung in Österreich ist das schlechte Angebot bei Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflege.

Im ländlichen Raum kommt die oftmals schwierige Anbindung an den öffentlichen Verkehr dazu. Um zu gewährleisten, dass Frauen ihre Qualifikationen und Potenziale auch am Arbeitsmarkt einsetzen können, braucht es bessere Rahmenbedingungen. Dazu gehört für die Arbeitnehmerorganisationen, dass die bestehende Infrastruktur auf kommunaler Ebene ausgebaut wird. Die Angebote müssen bedürfnisorientiert und leistbar sein sowie hohen Qualitätsstandards entsprechen. AK und ÖGB fordern daher, dass in Österreich ein flächendeckendes und leistbares Angebot an Kinderbetreuung, Pflege und anderen haushaltsnahen Dienstleistungen geschaffen wird. Den Kommunen kommt eine besondere Bedeutung zu: Sie sind nicht nur zuständig für die sozialen Dienstleistungen, sie kennen auch den Bedarf und die Rahmenbedingungen vor Ort am besten. Das größte Problem sei aber, dass den meisten kleinen Gemeinden die Finanzkraft fehlt, um die benötigten Angebote auch bereitstellen zu können.

Schlüsselfaktoren sind Kooperation und Innovation

Die Antwort müsse daher sein: Arbeitsteilung und Kooperation im kommunalen Raum. Wie die Studie al-

lerdings zeigt, bleiben diese Potenziale oft ungenutzt, die Kooperation auf kommunaler Ebene hängt von einzelnen, engagierten Personen ab.

AK und ÖGB fordern deshalb, dass die Gemeindekooperationen und die regionale Arbeitsteilung gefördert werden. Erforderlich seien aufeinander abgestimmte Leistungsangebote, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Kommunen, experimentelle Ansätze sowie die bessere Abstimmung von Schnittstellen im Sozialbereich, wie etwa im Bereich Spitäler und daran anschließende Pflege. Die dafür anfangs nötigen finanziellen Mittel müssten zumindest kurzfristig vom Bund übernommen werden.

Professionalisierte soziale Dienste werden als zielführendes Instrument erachtet, um ambitionierte Gleichstellungsziele zu erreichen und die Regionalwirtschaft zu beleben. Investitionen in soziale Dienstleistungen können aber mehr: Sie leisten auch einen Beitrag zu einer nachhaltigen Budgetsanierung. In einer Kurzstudie haben ExpertInnen der AK verschiedene sozialpolitische Maßnahmen modellhaft durchgerechnet. Dabei zeigte sich, dass Investitionen in den Sozialstaat nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern das Budget nachhaltig entlasten.

Ein Beispiel für derartige Maßnahmen sind Investitionen in den flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Die ExpertInnen haben die Effekte ausgerechnet, wenn man 548 Millionen Euro in die Hand nimmt, um Öffnungszeiten auszuweiten sowie jene Kinderbetreuungsplätze für die Unter-3-Jährigen zu schaffen, die fehlen, damit Österreich die Barcelona-Ziele erreicht, nämlich für 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für 33 Prozent der Unter-3-Jährigen Betreuungsplätze zu schaffen.

Das Ergebnis: Schon nach vier Jahren rechnen sich die Investitionen. Nach zehn Jahren ergibt sich ein Haushaltsplus von fast 80 Millionen Euro pro Jahr. Gleichzeitig könnten mehr als 38.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und so Menschen wieder in das Erwerbsleben integriert werden.

Diese Maßnahmen würden jetzt umso mehr Sinn machen, als die Konsolidierungspakete in den einzelnen EU-Ländern in den kommenden Jahren zu einer Verlangsamung der Exportdynamik beitragen dürften. Deshalb ist es laut AK umso wichtiger, über eine Stärkung der Binnennachfrage ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch eine gestiegene Frauenbeschäftigung zu erzielen.

Forderungen

AK und ÖGB fordern deshalb den Ausbau der sozialen Dienste insbesondere auf kommunaler Ebene. Bei der Kinderbetreuung gelte es, die Versorgungsdichte und Versorgungsqualität zu erhöhen. Im Bereich der Pflege müsse man ein vielfältiges Angebot sicherstellen, von Tageszentren bis hin zu mobilen Diensten. Weiters müsse es mehr Unterstützungsangebote beim Transport zu sozialer Infrastruktur bzw. Arbeitsplätzen geben, um deren Erreichbarkeit zu gewährleisten.

Im Bereich der Familienförderung sollte Investitionen in die soziale Infrastruktur gegenüber bloßen Geldleistungen und steuerlicher Förderung der Vorzug gegeben werden. Die Bundesanreize zum Ausbau der Kinderbetreuung sollten fortgesetzt und bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum bzw. Regionalförderungsprogramme für die Entwicklung der sozialen Infrastruktur genutzt werden.

Im Bereich Gleichstellungspolitik sollten Anreize für den frühen Wiedereinstieg von Frauen nach der Ka-

renz geschaffen sowie die existenzsichernde Beschäftigung von Frauen gefördert werden.

Zur Verbesserung der Versorgungssicherheit wird die Förderung von Gemeindekooperationen und der regionalen Arbeitsteilung bei der Bereitstellung sozialer Dienste vorgeschlagen. Weiters sollten hier nach AK/ÖGB-Meinung Skaleneffekte genutzt werden: Durch Professionalisierung und Ausweitung der nachgefragten Dienstleistungen entstehen Kostenvorteile für die Gemeinden, da die Kosten pro Kopf günstiger werden.

Quelle: Wirtschaftswachstum durch Frauenbeschäftigung, <http://wien.arbeiterkammer.at>, 30.03.2011

Anmerkung

- 1 Gudrun Biffi, Anna Faustmann, Isabella Skrivaneck: Frauen und die Wirtschaftskrise. Vernetzung sozialer Dienstleistungen als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise, Krems, März 2011. Downloadmöglichkeit auf der AK-Homepage.

Die Zukunft traditioneller Landgasthäuser

Ergebnisse einer empirischen Studie, die im Rahmen eines soziologischen Forschungspraktikums in Oberösterreich durchgeführt wurde.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen erscheinen so manche traditionelle Einrichtungen als überflüssig und deren Verschwinden wird vorerst wenig bedauert. Gerade bei Betrieben und Unternehmen findet man es gerechtfertigt, dass sie dem Druck des zunehmenden Wettbewerbs angepasst werden müssen, wenn sie fortbestehen sollen. All das geht auch an den traditionellen Landgasthäusern nicht spurlos vorbei. Darüber hinaus ist die ländliche Gastronomie dem allgemeinen Sog der „Ausdünnung des ländlichen Raumes“ ausgesetzt. Vielerorts haben das Postamt und das letzte Kaufhaus für immer geschlossen. Die Zusammenlegung von Gerichtsbezirken ist längst Realität und der Zusammenschluss von Gemeinden wird diskutiert. Und in manchen Gemeinden droht der Verlust des letzten Gasthauses als örtlicher Treffpunkt. Nahversorgung wird

oft erst dann zum Thema, wenn die letzten Anbieter zusperrten.

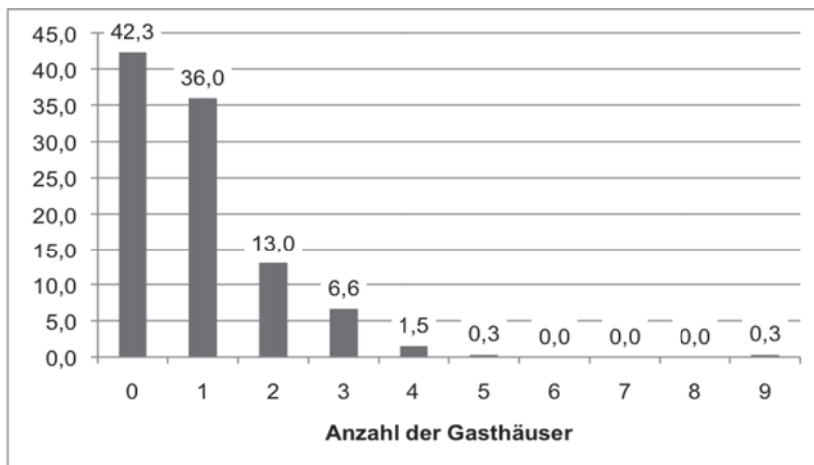
Zur Situation der Landgasthäuser gibt es hier viele Einzelmeinungen und Erfahrungen, aussagekräftiges Zahlenmaterial liegt aber bisher kaum vor. Im Rahmen eines soziologischen Forschungspraktikums an der JKU (in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer OÖ, Fachgruppe Gastronomie) wurde nun diese Forschungslücke ein Stück weit geschlossen.¹

In einer ersten Annäherung stellten sich eine Reihe von Fragen: Wie viele traditionelle Landgasthäuser gibt es in Oberösterreich überhaupt noch? Wie viele haben in den letzten Jahren ihre Gaststuben und –gärten für immer geschlossen? Welche strukturellen und individuellen Bedingungen setzen dieser Form der Gastronomie zu? Und welche persönliche Sicht auf die Zukunft haben die Wirtinnen und Wirte?

Das dafür gewählte Forschungsdesign gliedert sich in eine quantitative Vorstudie auf der Gemeindeebene mit einer nachfolgenden quantitativen Hauptstudie auf der Individualebene.

Im Zuge einer landesweiten Erhebung wurden 399 ländliche Gemeinden² per E-Mail zu einer Befragung

Abbildung 1: Anzahl der Gasthäuser, die in den letzten 10 Jahren zugesperrt haben je Gemeinde*



*n=331; prozentuierte Häufigkeiten

über den Verlust von traditionellen Landgasthäusern und zu Aspekten des Vereins- und Veranstaltungswesen eingeladen. Dem engagierten Einsatz der Studierenden ist ein sehr guter Rücklauf von 85 Prozent zu verdanken. Die Kommunen waren ferner aufgefordert, eine „provisorische“ Adressliste traditioneller Landgasthäuser (Gasthäuser und Gasthöfe mit weniger als 8 Betten) hinsichtlich der Aspekte „Familienbetrieb“ und „Wirtshauskultur“ zu überprüfen. Aus den 1.200 anerkannten Anschriften wurden schließlich mittels einer einfachen Zufallsstichprobe die Betriebe für ein Telefoninterview ausgewählt. An dieser telefonischen Befragung nahmen insgesamt 209 Wirtinnen und Wirte teil. Die Telefonate wurden von Studierenden des Forschungspraktikums unter Verwendung eines teilstandardisierten Interviewleitfadens³ durchgeführt. Die Bereitschaft der Wirte und Wirtinnen für ein Gespräch war überraschend hoch (mit durchschnittlich 1,7 Adressen konnte ein Interview verwirklicht werden).

Verlust an Gasthäusern

In den befragten Gemeinden gibt es noch etwa 1.200 traditionelle Landgasthäu-

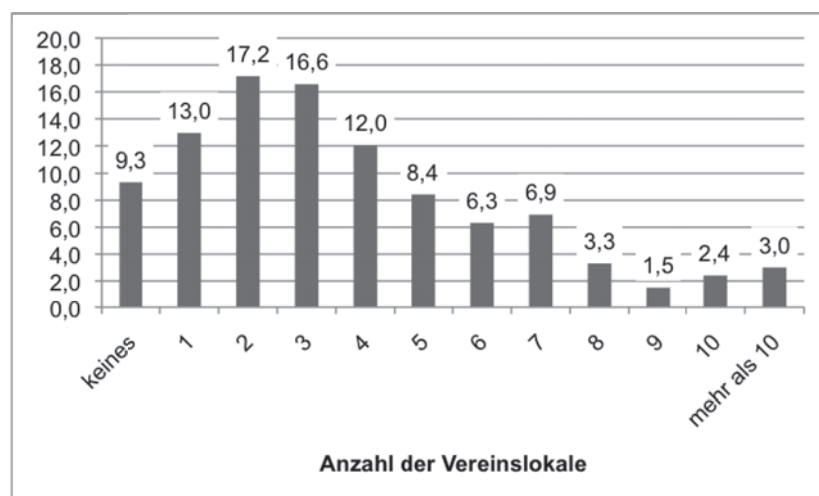
ser. Für ganz Oberösterreich lässt sich eine Schätzung von ca. 1.400 abgeben. Über 50 Prozent der befragten Gemeinden geben an, in den letzten zehn Jahren mindestens ein Gasthaus verloren zu haben. Insgesamt liegt der Verlust bei 305 Betrieben. Hochgerechnet auf ganz Oberösterreich beläuft sich der Rückgang auf knapp 360 Einheiten (vgl. Abb. 1).

Vereinslokale als eine der Ursachen?

Seitens der Gastronomie wird häufig das Vereinswesen für den Verlust von Landgasthäusern mitverantwortlich gemacht. Die Datenerhebung

auf Gemeindeebene umfasste die Anzahl der Vereine, die Vereinslokale und die genehmigten Veranstaltungen der Vereine bzw. Wirte. Tabellenanalysen haben gezeigt, dass tatsächlich mit der Zahl der Vereinslokalitäten der Verlust an dörflichen Wirtschaftshäusern signifikant ansteigt (Pearson-r von 0,21). Die Anzahl der Vereine oder der von den Vereinen ausgerichteten Veranstaltungen bleiben dagegen ohne signifikanten Befund. Dennoch ist es eindeutig, dass die Gemeindepolitik hinsichtlich der Problematik Vereinswesen und „Wirtesterben“ sensibilisiert werden sollte.

Abbildung 2: Anzahl der Vereinslokale je Gemeinde*



*n=332; prozentuierte Häufigkeiten

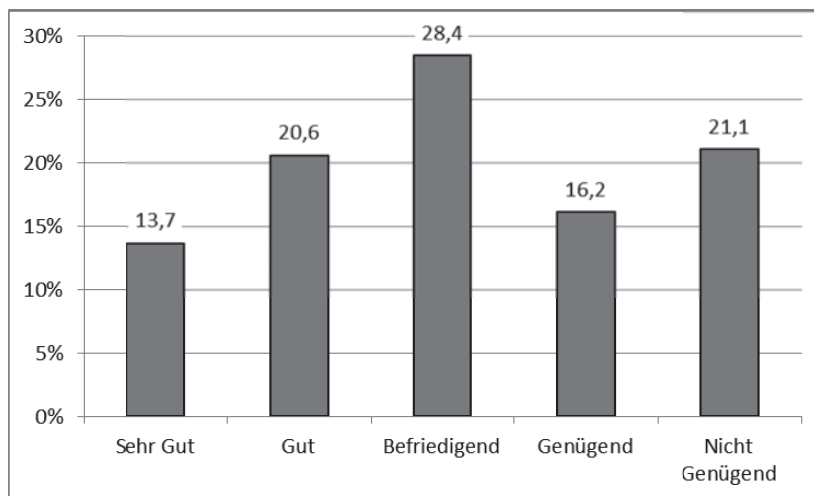
Dabei ist ein Weg zu suchen, der einerseits die Vereine fördert, da diese für das Sozialkapital und die regionale Identität (und damit die regionale Kaufkraft) wichtig sind, andererseits aber die ökonomischen Auswirkungen auf die Landgastronomie mitbetrachtet. Diese beiden Aspekte sind keinesfalls unvereinbar. Vereinsförderung kann sich auch so abspielen, dass sich die Vereinsaktivitäten wieder zunehmend weg von den Vereinskneipen hin zu den Gasthäusern verlagern (vgl. Abb. 2, S. 21).

Für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre erwartet sich gut jede vierte Gemeinde, dass ein Gasthaus zusperrt. Fünf Prozent gehen von einem Verlust von mindestens zwei Gaststätten aus. Betrachtet man insgesamt den Zeitraum von 2000 bis 2015, so wird nur knapp ein Drittel der Gemeinden kein traditionelles Landgasthaus verloren haben. Ein Drittel gibt einen Verlust von einem und das dritte Drittel von mindestens zwei entsprechenden Gastronomiebetrieben an. Damit werde insgesamt 421 Gasthäuser in den befragten Gemeinden aufgegeben haben. Bis zum Jahr 2015 werden also dieser Einschätzung zufolge sechs weitere Gemeinden ihr letztes Gasthaus verlieren. Es wird dann 20 Gemeinden ohne diesen Nahversorger geben. Die Anzahl der Gemeinden mit nur einem Gasthaus wird sich von 56 auf 63 erhöhen (die an der Befragung nicht teilgenommenen Gemeinden nicht eingeschlossen).

Mit Umsatz und Einkommen weitgehend zufrieden

Bewusst wurden bei dem Forschungsprojekt keine objektiven Daten zur Umsatz- und Einkommenssituation abgefragt, sondern die subjektive Zufriedenheit ins Zentrum der Betrachtung gestellt – mit einem durchaus recht optimistischen Ergebnis. Die Zufriedenheit mit dem Umsatz beurteilen 10,1 Prozent mit „Sehr gut“, 36,5 Prozent mit „Gut“, 43,5 Prozent mit „Befriedigend“, 6,2 Prozent mit „Genügend“ und nur 3,3 Prozent mit „Nicht genügend“. Hinsichtlich der Umsatzentwicklung zeigt sich eine Drittelung: Je ein Drittel hat einen gestiegenen, gleich gebliebenen

Abbildung 3: Fortbestand der Landgasthäuser



n=204; in % genannt

bzw. gesunkenen Umsatz. Das daraus erwirtschaftete Einkommen bewerten rund 40 Prozent der Befragten hinsichtlich des Auskommens für die Familie mit Sehr gut oder Gut.

Befragte, welche das Auskommen mit dem Einkommen besser bewerteten, schätzen auch den Fortbestand des Gasthauses als signifikant günstiger ein. Die Zufriedenheit mit dem Umsatz bleibt hier ohne Befund. Dagegen hat die Einschätzung der Umsatzentwicklung einen signifikanten Einfluss auf die Einschätzung des Fortbestandes. Betriebe mit positiver Umsatzentwicklung zeigen sich in ihrem Fortbestehen signifikant gesicherter.

Bei den Gründen für einen gesunkenen Umsatz spielt die vergangene Wirtschaftskrise praktisch keine Rolle, vielmehr werden das veränderte Gästeverhalten (Verlust von Stammgästen, Ausbleiben der Jugend) und finanzielle Aspekte wie z.B. steigende Betriebskosten genannt – gefolgt von Nichtraucherschutz, Vereinswesen, Konkurrenz und Alkoholgesetz.

Jeder fünfte Betrieb ist gefährdet

Jeder fünfte Betrieb ist entsprechend der Einschätzung der Befragten im Fortbestand „nicht genügend“ gesichert, was auf ein weiter anhaltendes „Wirtesterben“ hinweist (vgl. Abb. 3). Als bedeutende Einflussgröße auf diese negativen Zukunftsaussichten lässt sich auf der individuellen Ebene die familiäre Situation ausmachen (tau-b = 0,42; p≤0,001). Besonders die ungünstigen Arbeitszeiten und fehlende Nachfolger bzw. Nachfolgerinnen für den Betrieb werden hier angegeben.

Darüber hinaus hat schon mehr als die Hälfte der Befragten in der Vergangenheit bereits die Überlegung angestellt, den Betrieb aufzugeben. Hier waren für jeden dritten Betrieb finanzielle und / oder familiäre Gründe der Auslöser für diese Gedanken.

Familie als Rückgrat

Der Typus des Familienbetriebes offenbart sich bei den Landgasthäusern auch in der Anzahl der mithelfenden Familienangehörigen. Nur in gut einem Prozent der Betriebe hilft kein weiteres Familienmitglied im Betrieb mit. In jedem siebten Betrieb ist es zumindest ein Mitglied, in jedem dritten Betrieb sind zwei und in jedem vierten Betrieb drei Mitglieder im Betrieb tätig. Bis zu acht Personen werden genannt. Dabei zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang mit der Einschätzung des Fortbestandes: Je mehr Familienangehörige im Betrieb tätig sind, desto gesicherter ist auch der Fortbestand. Hier könnte etwa die Politik ansetzen, indem sie die Mithilfe in versicherungstechnischer Hinsicht vereinfacht und Ausnahmeregelungen schafft. Die Stärkung des Familienbetriebes wäre eine einfache Möglichkeit, Nachkommen für den Wirteberuf zu gewinnen.

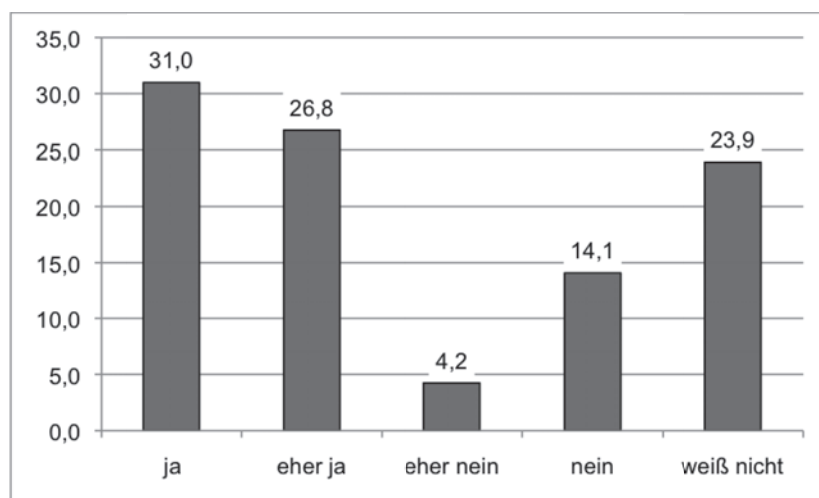
Bei 40 Prozent der Betriebe steht in den nächsten zehn Jahren eine Übergabe an. Gut die Hälfte beurteilt hier die Nachfolge als zumindest eher gesichert, während knapp jeder fünfte Betrieb wahrscheinlich ohne Nachfolge dasteht (vgl. Abb. 4).

Die familiäre Situation hat also einen wesentlichen Einfluss bezüglich des Fortbestandes der Gasthäuser. Die genannten Gründe, warum sich keine Nachfolge findet, stehen mit den ungünstigen Arbeitsbedingungen, der schlechten Ertragslage, aber auch mit einem Imageproblem des Wirteberufs in Verbindung. Diese Imagepflege sollte dabei zwei Zugänge suchen: Zum einen braucht es eine generelle Neubelebung gastronomischer Berufe, zum zweiten werden Kinder nur dann in den Familienbetrieb hineinwachsen, wenn sie diesen positiv erleben.

Zwispältiges Verhältnis zu Vereinen

Ein Drittel der Befragten beurteilt die Wirkung von Vereinen auf die Gastronomie als positiv, gut die Hälfte als negativ. Überraschenderweise lässt sich jedoch kein signifikanter Einfluss dieses Meinungsbildes auf die Einschätzung des Fortbestandes des eigenen Gasthauses ausmachen. Also auch jene Wirtinnen, die Vereine negativ einschätzen, haben keine signifikant ungünstigeren Zukunftsperspektiven. Allerdings schätzen Befragte mit einer negativen Meinung über Vereine ihre Umsatzentwicklung und ihre Zufriedenheit mit dem Einkommen signifikant schlechter ein (bzw. ist auch die umgekehrte Wirkrichtung denkbar). Außerdem wird von diesen die Forderung nach einer Gleichbehandlung von Vereinen und Gastronomie deutlich häufiger genannt. Nun konnte durch die Daten auf Gemeindeebene sehr wohl eine negative Wirkung der Vereinslokale auf den Bestand der Gasthäuser gefunden werden, auf der individuellen Ebene klagen aber nicht vordergründig jene Wirte bzw. Wirtinnen die Vereine an, die durch schwierige Zukunftsperspektiven Grund dazu hätten. Überdies kann keine Korrelation zwischen der Anzahl der Vereinslokale und der Einschätzung der Vereine durch die Befragten festgestellt werden. Zusätzlich haben die Anzahl der Vereinslokale, die Anzahl der Vereine und die Anzahl der Veranstaltungen durch Vereine keinen Einfluss auf die Zufriedenheit mit dem Umsatz bzw. dem Einkommen oder die Umsatzentwicklung. Folglich sollte auch der Zusammenhang „gesunkener Umsatz“ bzw. „Unzufriedenheit mit dem Einkommen“ und „negative Meinung über Vereine“

Abbildung 4: Gesicherte Nachfolge



n=85; in % genannt

mit Bedacht interpretiert werden. Natürlich kann das Meinungsbild, dass die Vereine den Umsatz und damit das Einkommen drücken, eine reale Grundlage haben, aber ein gewisser „Sündenbockeffekt“ mag gleichfalls mitspielen. Bei aller Sympathie für die traditionellen Landgasthäuser wird man den Wirtinnen und Wirten auch eine entsprechende unternehmerische Reaktion auf die gesellschaftlichen Gegebenheiten abverlangen müssen. Die dazu hilfreichen Beratungsleistungen der Interessenvertretung und Bildungseinrichtungen müssen dabei auf die speziellen Bedürfnisse (z.B. Zeitdruck, Glaube, den Betrieb nicht alleine lassen zu können) der Wirtinnen und Wirte abgestimmt werden.

Wohl nicht zuletzt der Aktualität wegen wurde bei den Wünschen an die Politik am häufigsten die Unzufriedenheit mit dem Nichtraucherschutzgesetz geäußert. Die Forderung nach einer steuerlichen Entlastung, eine Kritik der Bevorzugung von Vereinen, Mostheurigen usw., Bürokratieabbau und Förderungen sind gleichfalls zahlreiche Nennungen.

Rechtzeitig handeln

Traditionelle Landgasthäuser haben eine soziale Funktion im ländlichen Raum und sind als Nahversor-

ger für Veranstaltungen, informelle Zusammenkünfte und lokale Kommunikationspunkte zu sehen. Vielleicht wird dort auch so manches privates Problem bearbeitet und aus dem Weg geräumt. Ethymologisch stammt das Wort „Wirt“ ja von der indogermanischen Wurzel „uer“ ab und bedeutet so viel wie jemandem Gunst und Freundlichkeit zu erweisen. Wenn also das letzte Wirtshaus im Dorf für immer geschlossen wird, dann ist der größte Verlust vielleicht in dem zu sehen, für das man nie bezahlt hat – in den erwiesenen Gefälligkeiten und Freundschaftsdiensten.

*Andreas Hunger, Ursula Rami
Institut für Soziologie, JKU Linz*

Anmerkungen

- 1 Hunger, Andreas; 2011: Landgasthäuser. Bedeutung und Zukunft. Eine empirische Untersuchung in Oberösterreich. Linz: JKU
- 2 Als Abgrenzungskriterium wurde eine Bevölkerungsdichte von weniger als 250 Einwohnern je km² festgelegt. Entsprechend dieser Definition gelten 45 oberösterreichische Gemeinden als urban.
- 3 Um der eingeschränkten Interaktion bei Telefonaten Rechnung zu tragen, wurde bei geschlossenen Fragen vorwiegend das 5-teilige Schulnotensystem verwendet.

Strukturfondsmittel tragen zum regionalen Ausgleich bei

Gemäß einer WIFO-Studie zu den quantitativen Wirkungen der EU-Regionalpolitik lösten die Interventionen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Österreich positive Entwicklungsimpulse in den geförderten Regionen aus und trugen somit zum regionalen Ausgleich in Österreich bei.

Grundintention des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist die Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion in der Europäischen Union durch den Abbau der Ungleichheiten zwischen den einzelnen Regionen. Der EFRE finanziert direkte Hilfen bei Investitionen von insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zur Schaffung von dauerhafter Beschäftigung sowie Infrastrukturen, insbesondere im Zusammenhang mit Forschung und Innovation, Telekommunikation, Umwelt, Energie und Trans-

port. Unterstützt werden weiters Finanzierungsinstrumente (Risikokapitalanlage, Fonds für regionale Entwicklung,...) zur Unterstützung der regionalen und lokalen Entwicklung und zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Städten und Regionen sowie technische Hilfsmaßnahmen.

Drei Ziele

Der EFRE kann im Rahmen der drei neuen Ziele der Regionalpolitik, Konvergenz, regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie europäische territoriale Zusammenarbeit, tätig werden.

In den Regionen, die im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ gefördert werden, konzentrieren sich die vom EFRE geförderten Projekte auf die Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur sowie die Erhaltung oder die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze in den Bereichen Forschung und technologische Entwicklung (FTE), Innovation und Unternehmertum, Informationsgesellschaft, Umwelt, Risikoprävention, Tourismus, Kultur, Transport, Energie, Bildung und Gesundheit.

Im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ liegen die Prioritäten in den Bereichen Innovation und wissensbasierte Wirtschaft, Zugang zu Transport- und Telekommunikationsdienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sowie Umwelt und Risikoprävention. Im letztgenannten Bereich geht es etwa um die Wiedernutzbarmachung verseuchter Gebiete oder die Förderung von sauberen öffentlichen Verkehrsmitteln in den Städten.

Im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ konzentriert sich die Hilfe des EFRE auf die Entwicklung von grenzüberschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Projekten, die Schaffung und Förderung der transnationalen Zusammenarbeit sowie die Stärkung der Effizienz der Regionalpolitik durch die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit, die Schaffung von Netzwerken und den Erfahrungsaustausch zwischen regionalen und lokalen Behörden.

Der EFRE berücksichtigt in besonderem Maße territoriale Besonderheiten. Mit seinen Maßnahmen wird versucht, die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten sowie die Umweltprobleme in den Städten zu bekämpfen. Gebiete mit naturbedingten geographischen Nachteilen (Insel- und Gebirgsregionen oder dünn besiedelte Gebiete, Regionen in äußerster Randlage) werden verstärkt gefördert.

Regionenvergleich

Im Rahmen der WIFO-Studie wurde auf Bezirksebene untersucht, inwieweit sich die Entwicklung in geförderten und nicht geförderten Bezirken im Regime der EU-Strukturfondsinterventionen seit 1995 systematisch unterscheidet. Auf der Ebene der Bundesländer ermöglichten Simulationsrechnungen mit einem gesamtwirtschaftlichen Modell eine erste direkte Schätzung der quantitativen Effekte von EU-Förderinitiativen auf regionaler und sektoraler Ebene.

Demnach beschleunigte sich das Beschäftigungswachstum in den Förderregionen relativ zu den nicht geförderten Bezirken im Regime der EU-Regionalförderung gegenüber der Phase vor deren Implementierung statistisch signifikant. Dieser Effekt ist für ländliche wie verdichtete Förderregionen (Städte, Ballungsgebiete) gleichermaßen nachweisbar und korreliert mit der Förderhöhe. Das Beschäftigungswachstum verstärkte sich demnach in der Periode 1995/2007 gegenüber der Periode vor Einsetzen der EU-Regionalförderung in Bezirken mit Förderstatus um 0,75 Prozentpunkte pro Jahr stärker als in den nicht in Fördermaßnahmen einbezogenen Gebieten.

Der relative Wachstumsimpuls kam dabei vor allem den Regionen mit hoher Förderintensität zugute.

Bedeutende Multiplikatoreffekte

Gemäß den Simulationen mit dem multiregionalen ökonomischen Input-Output-Modell MultiREG haben die Strukturfondsinterventionen vor allem auf der Nachfrageseite (förderbedingte Erhöhung der Nachfrage nach Investitionsgütern, Bauleistungen usw.) bedeutende Multiplikatoreffekte: Ohne Gegenfinanzierung (d.h. ohne Kürzung anderer öffentlicher Ausgaben zur Finanzierung der Förderungen) erhöht jeder in den EFRE-Programmen ausgeschüttete Euro die österreichische Bruttowertschöpfung um 1,5 Euro. Aufgrund der interregionalen Zuliefer- und Absatzverflechtungen ist die regionale Verteilung von Mitteleinsatz und Wertschöpfungseffekten aber sehr ungleichmäßig: Die Ausschüttung hoher Förderungen in einer Region ist nicht gleichbedeutend mit hohen Wertschöpfungseffekten in derselben Region. Dennoch sind die Wertschöpfungseffekte bezogen auf die Wirtschaftsleistung im vormaligen Ziel-1-Gebiet Burgenland mit (kumuliert über die Förderperiode) rund 16 Prozent der Wertschöpfung mit Abstand am höchsten (andere Bundesländer 1% bis 3%).

Angebotsseitige Effekte der Förderung ergeben sich etwa aus dem Anstieg der Kapazitäten oder einer Verbesserung der preisbestimmten Wettbewerbsfähigkeit der investierenden Unternehmen im In- und Ausland. Sie dürften nach den Modellergebnissen quantitativ weniger bedeutend gewesen sein. Allerdings könnte dies auch darauf zurückzuführen sein, dass diese Effekte im Modell vorerst nur sehr rudimentär abgebildet werden konnten. Da gerade diese längerfristigen Output- und Preiseffekte bei nun abnehmender Förderintensität darüber entscheiden, wie weit die positive Effekte der Strukturfondsförderungen sich als dauerhaft erweisen, ist hier WIFO-Forscher Peter Mayerhofer zufolge weiterer Analysebedarf gegeben.

Insgesamt stützen die Ergebnisse auch bei vorsichtiger Interpretation die Hypothese, wonach die Interventionen des EFRE in Österreich positive Entwicklungsimpulse in den durch sie geförderten Regionen ausgelöst haben. Ein positiver Beitrag der EU-Regionalpolitik zum regionalen Ausgleich in Österreich ist damit laut WIFO zumindest wahrscheinlich.

Quellen: WIFO-Pressemitteilung, 15.07.2009; Regionalpolitik Info regio, http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/feder/index_de.htm, dl 20.07.2011

Globalisierungsfonds ermöglicht Qualifizierung Gekündigter

Im Juli lief die Förderperiode des Europäischen Globalisierungsfonds (EGF) der Stiftung "Automobil Steiermark" aus. Sie erhielt aus dem EGF insgesamt 5,7 Millionen Euro. Im Juni waren zwei weitere österreichische Anträge auf Stiftungsförderung von der EU-Kommission bewilligt worden.

Die 327 an der Automobil-Stiftung teilnehmenden Personen waren im August 2008 gekündigt worden. Von den StiftungsteilnehmerInnen erreichten mittlerweile 44 Prozent einen HTL- oder Universitätsabschluss, 11 Prozent eine WerkmeisterInnen-Ausbildung, 24 Prozent sonstige technische Höherqualifikationen und 11 Prozent wurden für den Pflegebereich umgeschult. "Durch diese Stiftung war es möglich, die Personen zielgenau und intensiv weiterzubilden. Damit steigen auch ihre Chancen auf hochqualifizierte Arbeitsplätze", so Sozialminister Hundstorfer in einer Pressemitteilung des Ministeriums.

Förderung für Stiftungen in Niederösterreich und der Steiermark

Jede Stiftung wird zu zwei Dritteln durch den Europäischen Globalisierungsfonds und zu einem Drittel von den betroffenen Betrieben finanziert. Die Stiftung "Automobil Steiermark" war der erste für Österreich bewilligte Antrag. Inzwischen sind zwei weitere Anträge mit einem Volumen von 9,2 Millionen Euro von der EU-Kommission positiv beschieden worden. Ein vierter Antrag, der eine Ausbildungsmaßnahme für TransportarbeiterInnen in Niederösterreich und Oberösterreich betrifft, ist derzeit noch in Begutachtung.

Die beiden neuen Anträge wurden Mitte Juni von der Europäischen Kommission beim Europäischen Globalisierungsfonds (EGF) stattgegeben. "Mit diesem Beschluss ist der wesentliche Schritt gesetzt worden, dass 9,2 Millionen Euro in zwei Stiftungen in die Steiermark und nach Niederösterreich fließen können. Insgesamt profitieren davon 430 Menschen in diesen Stiftungen, die nun wesentlich vom Europäischen Globalisierungsfonds mitfinanziert werden", unterstrich der Sozialminister. Diese Menschen können nun ebenfalls langfristige Ausbildungen wie HTL-Abschlüsse, Ausbildungen zu MeisterInnen oder auch

Pflegeausbildungen absolvieren. Es handelt sich dabei um 167 ehemalige ArbeiterInnen des Leiterplattenherstellers AT&S in Leoben sowie weitere 356 gekündigte ArbeiterInnen aus 54 Unternehmen der Grundmetallherstellung in Niederösterreich und der Steiermark.

EU-Globalisierungsfonds und Europäischer Sozialfonds

Der EU-Globalisierungsfonds hilft Menschen, die im Zuge von Massenkündigungen arbeitslos werden. Er fördert Arbeitssuchende durch entsprechende Aus- und Weiterbildungen und ermöglicht konkrete Unterstützung bei der Arbeitssuche. Der EU-Globalisierungsfonds wurde 2007 vom Europäischen Parlament und vom Rat eingerichtet und ist mit 500 Millionen Euro jährlich dotiert - es besteht jedoch keine Anspruchsberechtigung für die einzelnen Mitgliedsstaaten. Ursprünglich war der EGF für jene Personen reserviert, die aufgrund der Folgen der Globalisierung ihren Arbeitsplatz verloren haben. Im Sommer 2009 wurden die Bestimmungen geändert und die Rolle des EGF als Instrument für frühzeitiges Eingreifen gestärkt. So wurde der EGF auch Teil der EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das hat die bis dahin bescheidene Nachfrage nach Mitteln aus dem Fonds sprunghaft gesteigert: Während 2007 und 2008 insgesamt 15 Anträge in Brüssel beantragt waren, gingen bis Ende Juli 2011 bereits mehr als 73 Anträge ein.

In Ergänzung zum EGF gibt es als weiteres wichtiges EU-Instrument im Bereich Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik den Europäischen Sozialfonds (ESF). Der ESF ist einer der beiden Strukturfonds, mit dem die EU bestehende Unterschiede in den Mitgliedsstaaten ausgleichen will, um so den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern. Der ESF trägt dazu bei, dass (neue) Arbeitsplätze geschaffen werden. Er unterstützt Menschen durch Ausbildung und Qualifizierung und hilft, Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. Während der EGF bei spezifischen Massenentlassungen mit europäischer Dimension maßgeschneiderte Unterstützung für die entlassenen Arbeitskräfte leistet, fördert der ESF strategische, langfristige Ziele mit Hilfe von Mehrjahresprogrammen. Ziel der Europäischen Union ist es, dass alle Menschen eine berufliche Perspektive erhalten.

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 04.07.2011

Ein Bankkonto für jeden

Jeder in der Europäischen Union sollte zumindest ein Basiskonto eröffnen und so leichter einkaufen, Rechnungen bezahlen oder ein Gehalt erhalten können. Das ist das Ziel einer Mitte Juli von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier vorgestellten Initiative.

Der Zugang zu einem Bankkonto ist für die BürgerInnen unerlässlich geworden, wenn sie am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben einer modernen Gesellschaft voll teilhaben möchten, zumal die Verwendung von Bargeld stark rückläufig ist. Wenn man heutzutage über keinerlei Konto mit grundlegenden Zahlungsfunktionen ('Basiskonto') verfügt, wird das Alltagsleben schwierig und teurer. Die Bezahlung einer Rechnung von Versorgungsunternehmen, die Überweisung von Löhnen und Gehältern oder die Vorteile beim Kauf von Gütern und Dienstleistungen – alles wird zu einer Herausforderung. Dennoch haben jüngsten Studien zufolge rund 30 Mio. VerbraucherInnen über 18 Jahre in der Europäischen Union kein Bankkonto. Von diesen 30 Mio. BürgerInnen ohne Bankkonto haben schätzungsweise zwischen 6 und 7 Mio. kein Bankkonto, weil ihnen der Zugang verwehrt wurde.

Mit der am 18. Juli veröffentlichten Empfehlung der Europäischen Kommission zum Zugang zu Basiskonten soll die finanzielle und soziale Eingliederung der VerbraucherInnen in ganz Europa gefördert werden. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass derlei Konten den VerbraucherInnen zu angemessenen Kosten zur Verfügung gestellt werden, und zwar unabhängig vom Land ihres Wohnsitzes in der EU oder ihrer Finanzlage. Nach einem Jahr sollen die Lage bewertet und erforderlichenfalls weitere Maßnahmen, zu denen auch Legislativmaßnahmen zählen, vorgeschlagen werden.

Dazu Binnenmarktkommissar Michel Barnier: "Der Zugang zu einem Basiskonto ist eine der Prioritäten der Binnenmarktakte. Dadurch kann das Leben von Millionen Europäern verbessert werden. Es ist wichtig, Praktiken ein Ende zu bereiten, die den Bürgern den Zugang zu so grundlegenden und wesentlichen Dienstleistungen verwehren. Vielmehr sollten sie in die Lage versetzt werden, voll am Leben einer Gesellschaft teilzuhaben und von den Vorteilen des Binnenmarkts in jeder Hinsicht zu profitieren."

Grundlegende Aspekte des Vorschlags

In der Empfehlung der Kommission an die Mitgliedstaaten werden die wesentlichen Grundsätze festgelegt, die auf nationaler Ebene umgesetzt werden sollten, um den Zugang zu angemessenen Zahlungsdienstleistungen zu garantieren. Alle in der Union ansässigen BürgerInnen sollten das Recht auf Eröffnung und Nutzung eines Basiskontos haben, und zwar unabhängig von ihrer Finanzlage und auch in einem Mitgliedstaat, in dem sie keinen ständigen Wohnsitz haben.

In der Empfehlung wird weiters erläutert, welche Zahlungsdienstleistungen über ein Basiskonto angeboten und welche nicht angeboten werden sollten. So sollte über ein solches Konto der Erhalt, die Einzahlung, Überweisung und Abhebung von Geldbeträgen möglich sein. Auch sollte es Lastschriften und Überweisungen gestatten, aber keine Überziehungsfazilitäten anbieten.

Bei der Gewährleistung des Zugangs zu einem Basiskonto sollte es sich nicht nur um die Garantie eines Rechts handeln. Um einen angemessenen Kostenrahmen zu schaffen, der den VerbraucherInnen einen tatsächlichen Zugang zu Basiskonten ermöglicht, schreibt die Empfehlung grundsätzlich vor, dass für den Fall, dass das Konto nicht kostenlos ist, die vom Zahlungsdienstleister in Rechnung gestellten Kosten angemessen sein sollten. Jeder Mitgliedstaat sollte festlegen, was angemessene Kosten sind. Dabei hat er Kriterien wie nationale Einkommensniveaus, Durchschnittskosten für Zahlungskonten oder die Gesamtkosten für die Bereitstellung des Basiskontos zu berücksichtigen.

Die meisten Zahlungsdienstleister – mehrheitlich Banken – bieten Zahlungskonten an. In der Empfehlung wird nicht festgelegt, welche Kategorie von Zahlungsdienstleistern oder welche spezifischen Zahlungsdienstleister den VerbraucherInnen das Produkt auf nationaler Ebene zur Verfügung stellen sollten. Vielmehr kann jeder Mitgliedstaat bestimmen, welche Dienstleister dieses Produkt in seinem Hoheitsgebiet anbieten sollten. Die Mitgliedstaaten können einen, mehrere oder sogar alle Zahlungsdienstleister als Anbieter von Basiskonten bestellen.

Schließlich fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Kampagnen lanciert werden, mit denen das Bewusstsein des Publikums hinsichtlich der Existenz von Basiskonten, ihrer Kostenstrukturen, der im Hinblick auf die Wahrnehmung des Rechts auf Zugang zu Basiskonten zu verfolgen-

den Verfahren sowie der Methoden geschärft wird, wie außergerichtliche Beschwerde- und Streitbeilegungsverfahren in Anspruch genommen werden können. Auch sollen die Mitgliedstaaten verlässliche Statistiken zu Basiskonten erstellen, mit denen man

sich einen besseren Überblick über die Lage verschaffen will.

Quelle: Europa – Press Releases IP/11/897, 18.07.2011

Erfolgsstory Zivildienst

2010 waren rund 13.000 Zivildienstler im Einsatz, die meisten davon im Rettungswesen und in der Behindertenarbeit, geht aus dem aktuellen Zivildienstbericht hervor.

Der Zivildienst entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten zu einer fest etablierten Institution in Österreich. Seit seiner Einführung im Jahr 1975 sind die Zuweisungszahlen nachgerade explodiert. Waren es Ende der 1970er Jahre durchschnittlich ein paar hundert Zivildienstler, so stieg deren Summe 2004 erstmals auf über 10.000. Im Jahr 2009 konnte mit 13.122 Zivildienstleistenden ein neuer Rekord verzeichnet werden. Das Folgejahr lag mit 12.981 Zivildienstlern nur unwesentlich darunter. Dies geht aus dem 81 Seiten umfassenden Zivildienstbericht für die Jahre 2008, 2009 und 2010 hervor, der vom Innenministerium Ende Juli dem Parlament zugeleitet wurde.

Spitzenreiter unter den Zivildienstleistenden sind die Wiener, die jeden fünften Zivildienstler stellen. Nur unwesentlich dahinter liegen Ober- und Niederösterreich mit 19,7 bzw. 19,2 Prozent. Am wenigsten am Zivildienst interessiert sind, bezogen auf die Zahl der tauglichen Personen im jeweiligen Bundesland, die Kärntner, wo sich nur rund 600 junge Menschen für einen derartigen Einsatz zu begeistern vermochten.

Per 1. Jänner 2011 gab es in Österreich knapp 1.200 Einrichtungen, die zur Aufnahme von Zivildienstern berechtigt waren. Knapp jede vierte Institution ist im Bereich der Altenbetreuung tätig, jeweils rund ein Fünftel befasst sich mit Sozial- bzw. Behindertenhilfe. Die Verteilung nach Bundesländern korrespondiert im Wesentlichen mit deren Größe. Betrachtet man hingegen die Zahl der an die Einrichtungen zugewiesenen Zivildienstler, so ergibt sich ein etwas anderes Bild. 42 Prozent aller Zivildienstler waren zuletzt im Bereich des Rettungswesens tätig, weitere 20 Prozent in der Behindertenhilfe. Jeder zehnte Zivildienstler arbeitet in der Altenbetreuung, sieben Prozent sind in Spitälern im Einsatz. Schlusslichter sind hier die inländischen Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus

und der Umweltschutz, wo 2010 jeweils 22 Zivildienstler (0,2 Prozent am Gesamtbestand) ihre Arbeit verrichteten.

Auslandsdienst in 55 Staaten möglich

Dafür hat der Gedenkdienst im Ausland weiter an Attraktivität zugenommen. 2010 waren insgesamt 49 Zivildienstler im Auslandseinsatz in Sachen Gedenkdienst, weitere 47 leisteten Sozialdienst. Mit Stichtag 31. Dezember 2010 gab es nicht weniger als 55 Staaten, in denen ein Auslandsdienst gemäß dem Zivildienstgesetz abgeleistet werden konnte. Die Palette umspannt sämtliche Kontinente. Sind es in Afrika zehn Staaten, in denen primär Entwicklungshilfe geleistet wird, so stehen in Asien, namentlich in Israel und Japan, der Gedenkdienst und, im Falle von China und Indien, der kulturelle Austausch im Vordergrund. Der Gedenkdienst kann auch in den USA, in Argentinien und in Chile geleistet werden.

In Europa stehen derzeit 20 Staaten zur Auswahl, wobei auch bei diesen der Gedenkdienst im Vordergrund steht. Einsatzorte sind unter anderem die ehemaligen Konzentrationslager Dachau, Oranienburg, Buchenwald, Auschwitz und Majdanek, das Lager Theresienstadt in Tschechien, das französische Oradour und das italienische Marzabotto, wo im Zweiten Weltkrieg von den Deutschen Massaker verübt worden waren. Daneben gibt es aber auch Zentren für den kulturellen Austausch, etwa in Siebenbürgen, in den Karpaten oder in Dalmatien. In der Regel stehen zwischen zwei und vier Dienstplätze an den jeweiligen Einrichtungen zur Verfügung.

Einen gewichtigen Teil des Berichts nimmt der finanzielle Aspekt des Zivildienstes ein. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 59,45 Millionen Euro aufgewendet, was eine Reduktion von 1,86 Mio. Euro gegenüber dem Jahr 2009 bedeutete. Erfreulich ist die Entwicklung beim Zivildienstbeschwerderat, dessen Arbeitsanfall weiter rückläufig ist. Mussten 2009 noch 146 Beschwerden erledigt werden, so ging diese Zahl 2010 auf 103 zurück.

Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 760, 28.07.2011

Akademikerinnen zwischen den Anforderungen der Erwerbs- und Familienarbeit

Die Anfang Juli von Frauenministerin Heinsch-Hosek initiierte Diskussion zur Verkürzung der Schließtage in den österreichischen Kindergärten führt uns einmal mehr die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor Augen: Statistik Austria weist für das abgelaufene Kindergartenjahr 2010/11 österreichweit durchschnittlich 30,8 Schließtage auf, hiervon entfällt ein Großteil auf die Sommerferien.

Abhängig davon, in welchem Bundesland welche Betreuungseinrichtung benötigt wird, tun sich beträchtliche Betreuungslücken für berufstätige Eltern auf, deren Urlaubsanspruch in der Regel deutlich unter den Schließtagen der Einrichtungen liegt. Während in Wien statistisch 4,4 Schließtage anfallen, sind dies in der Steiermark und in Vorarlberg mehr als 50 Tage. Geschlossene Kinderbetreuungseinrichtungen stellen berufstätige Eltern vor die Herausforderung, ihren gesetzlichen fünfwöchigen Erholungsurlaub mit dieser Ferienregelung für Schule und Betreuungseinrichtungen zu koordinieren. Damit noch Zeit für einen gemeinsamen Familienurlaub bleibt, muss die Betreuung der Kinder stunden- und tageweise durch Großeltern, Tanten und in Feriencamps penibel durchorganisiert werden.

Ausgehend von diesen Erfahrungen, die ungleich schwieriger für Alleinerziehende zu bewältigen sind, sowie von den widersprüchlichen Anreizen der österreichischen gesetzlichen Bestimmungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geht Sigrid Kroismayr im Rahmen von qualitativen Interviews mit hoch qualifizierten Frauen der Frage nach, wie diese mit den Anforderungen der Erwerbsarbeit und Familienarbeit zurecht kommen und welche Vereinbarkeitsstrategien entwickelt werden, „um Familie und Beruf zu einem sinnvollen und lebhaften Ganzen zu integrieren.“

Als Zielgruppe wurden Akademikerinnen definiert, die längstens ein Jahr nach der Geburt ihres Kindes die Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen haben. Alle interviewten Frauen haben nach ihrem Studium eine ausbildungsadäquate Beschäftigung gefunden, für die meisten Befragten war es zudem wichtig, vor der Familiengründung berufliche Erfahrungen zu sammeln und eine gewisse Jobsicherheit zu erreichen. Vier der vierzehn Interviewten sind kontinuierlich Vollzeit erwerbstätig geblieben, acht haben sich nach dem ersten Kind, zwei nach dem zweiten für eine

Teilzeitbeschäftigung entschieden. Auch Akademikerinnen, so ein erster Befund, praktizieren vorzugsweise eine Berufsrückkehr auf Teilzeitbasis.

Die beruflichen Rahmenbedingungen spielen für die Müttererwerbstätigkeit insofern eine Rolle, als Frauen in leitender Funktion eher ihren Vollzeitjob behalten, während viele der anderen ihre Position durch qualifizierte Teilzeitarbeit bewahren können. Die praktizierten Rückkehrstrategien, wie Zeitpunkt und Stundenausmaß, hängen ebenso von der beruflichen Position ab wie von der Arbeitsplatzsicherheit und dem Arbeitsumfeld. Die Strategien werden von den Frauen so gewählt, dass „eine maximale Bindung an die Familie und die Kinder“ ermöglicht, „gleichzeitig aber so gut wie möglich den Anforderungen ihres Tätigkeitsbereiches Rechnung getragen“ wird.

Wiewohl die Partner der interviewten Frauen mehrheitlich eine egalitäre Einstellung zur innerfamiliären Arbeitsteilung vertreten, haben nur sechs der vierzehn Väter eine Erwerbsunterbrechung bzw. Stundenreduktion vorgenommen. Eine gleichberechtigte Aufgabenteilung für Haushalt und Kinderbetreuung liegt tendenziell dann vor, wenn die Frau eine höhere berufliche Position sowie über ein höheres Erwerbseinkommen als ihr Partner verfügt bzw. wenn beide im selben Stundenumfang, unabhängig davon ob Teilzeit oder Vollzeit, erwerbstätig sind. Umgekehrt wird bei ungleicher Erwerbsposition und reduzierter Arbeitszeit der Mutter eher eine traditionelle Aufgabenteilung praktiziert.

Die vielfach unterstellte Annahme, dass primär Karriereambitionen für einen raschen Wiedereintritt in den Beruf ausschlaggebend und Kinder und Familie nachrangig sind, lässt sich anhand der Interviews nicht bestätigen. Im Gegenteil, die Wichtigkeit der Familie steht keineswegs mit der Ausübung einer Vollzeitbeschäftigung im Widerspruch. Das Engagement der Väter ist hier maßgeblich unterstützende Kraft für die Müttererwerbstätigkeit, da aktive Vaterschaft zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führt. Eine auf ein bis zwei Monate reduzierte Karenzierung der Väter bewirkt hier aber keine maßgeblichen Veränderungen innerhalb der familiären Arbeitsteilung. Partnerschaftliche Vereinbarkeitsstrategien kommen vor allem bei jenen zum Tragen, wo Väter für mindestens ein Jahr aus dem Beruf ausscheiden bzw. ihre Vollzeiterwerbstätigkeit reduzieren.

Der „Mut zur Familie“ bei den befragten Akademikerinnen ist, so Sigrid Kroismayr, maßgeblich durch die Art und Sicherheit des Arbeitsplatzes bestimmt. Gleichmaßen sind aber auch individuelle Abstimmungs-

und Aushandlungsprozesse zwischen beruflichem und familiärem Umfeld von Bedeutung, um die individuell beste Lösung zur Vereinbarkeit zu erreichen.

Nicht zu vernachlässigen für die Vereinbarungsfrage sind aber auch jene rechtlichen und strukturellen nationalstaatlichen Rahmenbedingungen, die eine Erwerbstätigkeit von Müttern ermöglichen bzw. verhindern. Karenzregelungen haben gleichermaßen einen Einfluss darauf wie beispielsweise das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen. Die österreichische (Familien-)Politik zeichnet sich hier durch ambivalente Signale aus. Zum einen wurde durch das Kinderbetreuungsgeld (2002) eine langfristige berufliche Auszeit von bis zu 30 Monaten ermöglicht, die Verlängerung des diesbezüglichen arbeitsrechtlichen Kündigungsschutzes wurde aber ignoriert. Zum anderen wurden im Laufe des Jahrzehnts Anreize zu einer partnerschaftlichen Teilung der Kinderbetreuung sowie zur Erwerbsintegration von Müttern gesetzt. Dem Grunde nach fördern die neuen, flexibleren Varianten des Kinderbetreuungsgeldes sowie höhere Zuverdienstgrenzen eine kürzere Erwerbsunterbrechung. Diese kann aber nur dann umgesetzt werden, wenn anderweitig Betreuungspersonen oder -einrichtungen zur Verfügung stehen. Ein quantitativer und qualitativer Ausbau eines institutionellen Betreuungsnetzes ist daher unumgänglich, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Österreich hinkt hier den europäischen Vorgaben deutlich hinterher. Die Betreuungsquote für unter Dreijährige liegt hierzulande bei 16 Prozent und verfehlt damit deutlich das von der EU-Kommission für das Jahr 2010 formulierte Ziel von 33 Prozent. Schließbände verschärfen die Situation und bleiben bei diesen Berechnungen außen vor. Kroismayr dazu: „Indem der Staat nicht flankierend ein institutionelles Betreuungsangebot von guter Qualität anbietet, werden Frauen mit ihren Entscheidungen allein gelassen und müssen die Vereinbarkeitsproblematik individuell lösen.“ (cso)

Sigrid Kroismayr:

„Nur zuhause bleiben wollte ich nie.“

Strategien von Akademikerinnen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Studienverlag, Innsbruck 2010

288 Seiten, EUR 34,90

Migration im Donauraum

Unter dem Titel „Migration, Integration and Health: The Danube Region“ ist in Zusammenarbeit der Universitäten Ulm, Tübingen, London sowie der Europäi-

schen Donauakademie ein Sammelband erschienen, der die Migrationsgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts entlang der Donau untersucht. Das englischsprachige Buch beschäftigt sich in 23 internationalen Beiträgen aus Serbien, England, Holland, Deutschland, Österreich und Kroatien mit historischen, philosophischen, politologischen und medizinischen Aspekten der Thematik. Herausgeber sind Reinhard Johler und Jelena Jancovic Gavrilovic sowie der Ulmer Migrationsforscher Harald C. Traue.

Ein Großteil der Beiträge beschäftigt sich mit den extremen Belastungen, die mit der erzwungenen Migration einhergehen. „Die Vertreibung von Menschen aus politischen, ethnischen oder rassistischen Motiven, zumeist gepaart mit handfesten ökonomischen Interessen, ist ein wesentliches Merkmal der Migrationsgeschichte im Donauraum. Die dabei erlittenen seelischen und körperlichen Verletzungen machen eine psychotherapeutische, medizinische und soziale Versorgung der Opfer notwendig“, erläutert Harald Traue. Eines müsse dabei stets bedacht werden: Die Hilfe für Opfer und Überlebende extremer Traumatisierung könne ohne ein Verständnis für die besonderen geschichtlichen, religiösen, kulturellen und politischen Bedingungen nicht gelingen. Deshalb sei die ständige Auseinandersetzung mit diesen Themen eine wichtige Voraussetzung für die therapeutische Arbeit.

Neben der Migration widmet sich das Buch auch der Integration. Reinhard Johler von der Universität Tübingen schreibt z.B. über die Bewegung der „Schwesterstädte“ als ein taugliches Modell hin zu einer „Europäisierung Europas“. Thematisiert werden auch die Möglichkeiten des Sports für die Integration von MigrantInnen in die deutsche Gesellschaft. Herausgearbeitet werden in diesem Zusammenhang die Risse in dieser mitunter etwas naiven Vorstellung und Verantwortungszuweisung, denn auch der Sport ist eine Abbildung ansonsten vorhandener Probleme, die Integration mit sich bringen kann.

„Das Buch ist ein Dokument der Migrationsgeschichte und deren Konsequenzen bis zum heutigen Tag, damit sich Unkenntnis nicht als Hemmschuh bei der (...) politischen und sozialökonomischen Integration der Donauländer in ein gemeinsames Europa erweist“, bilanziert Mitherausgeber Traue

Harald C. Traue, Reinhard Johler, Jelena Jancovic Gavrilovic (Hg.): Migration, Integration and Health: The Danube Region

Verlag Pabst Science Publishers, Lengerich 2010
368 Seiten, EUR 36,00

Grenzen überschreiten

Inklusion will Grenzen überschreiten zwischen Behinderung und Nicht-Behinderung. Im Rahmen der Fachtagung werden Inklusions-Konzepte aus Deutschland, Österreich und der Schweiz erfahren, verglichen und diskutiert.

Termin und Ort: 14. – 15. September 2011; Fachhochschule Vorarlberg, Dornbirn

Information: www.ifs.at/pr2022.html

Weg mit den Hindernissen

Bei der Fachtagung der Lebenshilfe Wien werden folgende Fragen diskutiert: Was bedeutet Barrierefreiheit für Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen und ihre Angehörigen? Wie können sich betroffene Menschen im öffentlichen Raum gut zurechtfinden? Wie können Texte, Bilder und Symbole zu einem leichteren Verständnis, zur besseren Orientierung und zu einem zufriedenstellenden Austausch zwischen Menschen beitragen?

Termin und Ort: 17. September 2011; Kardinal-König-Haus, 1130 Wien

Information, Anmeldung: www.lebenshilfe-wien.at

Frauensommeruniversität

Vor 100 Jahren wurde zum ersten Mal der Internationale Frauentag begangen. Dieses Jubiläum wird zum Anlass genommen, um bei der Frauensommeruni mit dem Thema „Lebensrealitäten und Utopien“ die noch bestehenden Ungleichheiten aufzuzeigen.

Termin und Ort: 23. – 24. September 2011; Kunstuniversität Linz, Hauptplatz, 4010 Linz

Information, Anmeldung: www.frauenuni.net

Geld und Gesundheit

Abhängigkeiten zwischen Wirtschaftsunternehmen, Politik und anderen Stakeholdern beeinflussen gesundheitspolitische Entscheidungen, beispielsweise über Rauchverbote, Lebensmittel-Kennzeichnungen oder Impfprogramme. Ziel der Public-Health-Tagung ist es, den Wandel des Gesundheitssystems zur Gesundheitswirtschaft zu analysieren und Gegenentwürfe als mögliche Ziele zu diskutieren.

Termin und Ort: 29. – 30. September 2011, JKU Linz, Managementzentrum

Information: andrea.weber@oegkk.at

Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit

In der politischen Öffentlichkeit schlägt der demokratische Puls moderner Gesellschaften. Inwiefern dieses Selbstverständnis durch einen neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit bedroht ist, fragt der dritte gemeinsame Kongress der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie.

Termin und Ort: 29. September 2011 – 1. Oktober 2011, Sowi-Areal der Universität Innsbruck

Information: www.soziologie2011.eu

Praktiken von internationaler Solidarität und internationaler Entwicklung

Die Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH) will Praktiken der Solidarität und Entwicklung auf internationaler Ebene untersuchen, wie sie von sozialen Bewegungen und von Organisationen initiiert wurden, die in der Tradition der Arbeiterbewegung agierten. Die Tagungsbeiträge beziehen sich auf Situationen, in denen dahingehende Praktiken konzipiert und umgesetzt wurden und behandeln Formen des Transfers zwischen dem globalen Norden und dem Süden.

Termin und Ort: 29. September – 2. Oktober 2011; Bildungshaus Jägermayrhof, Linz

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Schriftenreihen / Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,
Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster
Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453